

Jeppе Fiskеr Jørgеnsеn • Jochen Schulz zur Wiesch

Wie sozial ist Europa?

Eine Kurzstudie zur sozialen Lage in der EU

Arbeitspapier 131

Wie sozial ist Europa?

Eine Kurzstudie zur sozialen Lage in der EU

Jeppe Fisker Jørgensen

Jochen Schulz zur Wiesch

Jeppé Fisker Jørgensen ist M.A. Staatswissenschaftler (Universität Aarhus, Dänemark) sowie Diplom-Sozialwissenschaftler (Humboldt-Universität zu Berlin). Seit 2004 ist er Promotionsstudent des Graduiertenkollegs „Modern Governance“ der Universität Potsdam und Vorstandsmitglied beim Think Tank berlinpolis.

Jochen Schulz zur Wiesch, Prof. Dr. rer. soc., von 1987 bis 2005 Hochschullehrer für Soziologie an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin, zuvor langjähriger Mitarbeiter am Deutschen Institut für Urbanistik; zahlreiche Veröffentlichungen in den Bereichen Stadt- und Regionalentwicklung, Organisation und Verwaltung.

Impressum

Herausgeber: **Hans-Böckler-Stiftung**
Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 77 78-108
Fax: (02 11) 77 78-283
E-Mail: Erika-Mezger@boeckler.de

Redaktion: Dr. Erika Mezger, Leiterin der Abteilung Forschungsförderung
Best.-Nr.: 11131
Gestaltung: Horst F. Neumann Kommunikationsdesign, Wuppertal
Produktion: Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Düsseldorf, November 2006
€ 12,00

Inhaltsverzeichnis

Einleitung – soziale Kohäsion als Leerformel?	7
1. Datenquellen und Rankingverfahren	9
2. Ranking der Indikatoren und Dimensionen	11
2.1 Einkommensverteilung und soziale Absicherung	11
2.2 Inklusion in den Arbeitsmarkt	20
2.3 Bildungs- und Ausbildungschancen	28
2.4 Geschlechtergleichstellung	38
2.5 Generationenverhältnis	49
3. Überblick zum Dimensionenranking und Gesamtranking	59
Fazit – der Weg jenseits der Lippenbekenntnisse	63
Literatur	65
Selbstdarstellung der Hans-Böckler-Stiftung	67

Tabellenverzeichnis

1. Ungleichheit der Einkommensverteilung	13
2. Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers	14
3. Netto-Lohnersatzrate	15
4. Kinder im Alter von 0-17 Jahren in erwerbslosen Haushalten	16
5. Armutsgefährdungsquote für Personen im Alter ab 65 Jahren	17
6. Gesamtausgaben für den Sozialschutz	18
7. <i>Dimensionsranking I</i> : Einkommensverteilung und soz. Absicherung	19
8. Beschäftigungsquote	21
9. Arbeitslosenquote	22
10. Arbeitslosenquote bei geringem Bildungsstand	23
11. Arbeitslosenquote bei Jugendlichen bis 24 Jahre	24
12. Langzeitarbeitslosenquote (12 Monate und mehr)	25
13. Beschäftigungsrisiko von Inländern und Ausländern im Vergleich	26
14. <i>Dimensionsranking II</i> : Inklusion in den Arbeitsmarkt	27
15. Frühe jugendliche Schulabgänger	29
16. Jugendliche mit Sekundarstufe-II-Abschluss oder höher	30
17. Schülerkompetenzen (PISA-Gesamtpunktzahl)	31
18. Bildungsarmut: Schüler unter Kompetenzstufe I	32
19. Schulleistung und Beruf der Eltern	33
20. Schulleistung und sozioökonomischer Hintergrund der Schüler	34
21. Schulleistung und Migrationshintergrund	35
22. Lebenslanges Lernen	36
23. <i>Dimensionsranking III</i> : Bildungs- und Ausbildungschancen	37
24. Geschlechtsspezifische Erwerbsquote	40
25. Geschlechtsspezifisches Lohngefälle	41
26. Arbeitslosenquote: Verhältnis Männer zu Frauen	42
27. Armutsgefährdungsquote: Verhältnis Männer zu Frauen	43
28. Ausbildungsquote: Verhältnis Männer zu Frauen	44
29. Anteil weiblicher Manager an den Managern insgesamt	45
30. Akzeptanz berufstätiger Mütter mit kleinen Kindern	46
31. Anteil der weiblichen Wissenschaftler und Ingenieure	47
32. <i>Dimensionsranking IV</i> : Geschlechtergleichstellung	48
33. Gesamtfruchtbarkeitsrate	50
34. Anteil der Bevölkerung im Alter von 0-24 Jahren	51
35. Altersabhängigkeitsverhältnis	52
36. Altersabhängigkeitsverhältnis (Prognose für 2050)	53
37. Beschäftigungsquote älterer Personen	54
38. Durchschnittliches Erwerbsaustrittsalter	55
39. Öffentlicher Bruttoschuldenstand	56
40. <i>Dimensionsranking V</i> : Generationenverhältnis	57
41. <i>Dimensionsübergreifende Muster</i>	60
42. <i>Gesamtranking: Durchschnittsranking aller Indikatoren</i>	61

Einleitung – soziale Kohäsion als Leerformel?

Vor der ersten Osterweiterung wurden die vielfältigen Wohlfahrtsregimes der Europäischen Union mit Esping-Andersen (1990) häufig unter einen von drei theoretischen Idealtypen rubriziert: das *liberal-angelsächsische*, das *Bismarcksche* und das *skandinavische* Modell. Während das erste Modell den Staat weitgehend als Fürsorge- und Sozialhilfestaat ansieht, sind die beiden letzteren seit Jahrzehnten durch umfangreiche staatliche Wohlfahrtsleistungen charakterisiert. Offenbar konnten die EU-Mitgliedstaaten mit diesen Unterschieden eine Zeit lang gut leben. In den letzten Jahrzehnten scheinen vor allem Regimes der beiden letzteren Typen dennoch unter zunehmenden Druck zu geraten.

Von außen wird der Reformdruck vor allem durch wirtschaftliche Globalisierung erzeugt. Im Inneren wird der Druck nicht zuletzt durch liberale Kritik, Arbeitslosigkeit sowie demographische Schrumpfungs- und Alterungsprozesse verstärkt. Aufgrund dieses Druckes stehen die Wohlfahrtsregimes mitten in weitreichenden Umstrukturierungen, die sowohl von nationalen Regierungen als auch von der EU („Lissabon Agenda“) angestoßen werden. Dabei ist und bleibt die entscheidende Frage, ob und wie es gelingen kann, wenn schon nicht die gleichen Elemente, dann doch den normativen Kern von Wohlfahrtsregimes zu erhalten und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit mit einem hohen Maß an sozialem Zusammenhalt (Kohäsion) zu vereinbaren.

Im politischen Diskurs vieler EU-Staaten und der EU-Kommission werden die Begriffe *Wettbewerbsfähigkeit* und *soziale Kohäsion* häufig in einem Atemzug genannt. Politiker von links bis rechts reden immer häufiger von Wettbewerbsfähigkeit. So beispielsweise in der Lissabon-Strategie, wonach die EU in den Jahren 2000 bis 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ gemacht werden soll „einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“. ¹ Gleichzeitig haben vor allem sozialdemokratische Parteien, aber auch konservative und populistische Parteien, sich mit Parolen wie *Schutz unseres Sozialmodells* und *mehr soziale Gerechtigkeit* häufig Zugang zur Regierungsmacht verschafft.

Trotz des begrifflichen Brückenschlags im politischen Diskurs gibt es bedeutende Unterschiede in der praktischen Verwendung der Begriffe Wettbewerbsfähigkeit und soziale Kohäsion. Dies wird besonders in der vergleichenden empirischen Forschung deutlich. Zum Thema Wettbewerbsfähigkeit gibt es eine umfangreiche vergleichende Forschung, die unter anderem zur Erstellung von Scoreboards und Benchmarks geführt hat, anhand derer häufig konkrete politische Handlungsempfehlungen formuliert werden. So beispielsweise der *OECD Science, Technology and Industry Scoreboard*² und das *EU Innovation Scoreboard*.³

Anders verhält es sich mit sozialer Kohäsion. Trotz, oder gerade wegen der Vielzahl von Reflexionen zu neuen Gerechtigkeitsanforderungen in dynamischen Gesellschaften (vgl. Priddat/Wieland) sowie zeitgenössischen Gerechtigkeitstheorien und Gerechtigkeitsbegriffen in der politischen Philosophie (vgl. Merkel 2001) bleibt die vergleichende empirische Forschung lückenhaft, besonders jene Forschung, die nicht auf den Input in den Institutionen der Wohlfahrtsregimes oder auf die Institutionen selber fokussiert, sondern zum Ziel hat, die u.a. durch diese Inputs und Institutionen hervorgebrachte soziale Lage zu vergleichen und zu „kondensieren“.⁴

Mit dieser Kurzstudie wird versucht, einen kleinen empirischen Beitrag zur Schließung dieser Lücke zu leisten. So versucht die Studie, 35 Sozialindikatoren (vgl. Tabellenverzeichnis) der EU-Mitgliedstaaten zu vergleichen und im Rahmen von Rankings zu „kondensieren“. Die Indikatoren verteilen sich wiederum auf fünf Dimensionen, in denen sich die aktuelle Debatte zur sozialen Lage in der EU widerspiegelt:

- I. Einkommensverteilung und soziale Absicherung**
- II. Inklusion in den Arbeitsmarkt**
- III. Bildungs- und Ausbildungschancen**
- IV. Geschlechtergleichstellung**
- V. Generationenverhältnis**

1 Vgl. Der Europäische Rat von Lissabon, März 2000 (Konklusionen).

2 Vgl. http://www.oecd.org/document/43/0,2340,en_2649_33703_35455595_1_1_1_1,00.html (01.08.2006).

3 Vgl. <http://www.cordis.lu/scoreboard/what.htm> (01.08.2006).

4 Eine interessante Ausnahme stellt eine durch die Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie von Becker und Hauser (2004) dar. Die Studie fokussiert allerdings nur auf Deutschland.

Eine Einschätzung der sozialen Lage in der EU ist kaum ohne Bezugnahme auf ein Verständnis von sozialer Gerechtigkeit möglich; ein Verständnis, das in dieser Studie sowohl in der Wahl von Indikatoren als auch in der Interpretation der Ergebnisse zum Ausdruck gebracht wird. Dennoch möchten wir betonen, dass wir den Begriff der sozialen Lage bewusst nicht mit normativen Begriffen wie *sozialer Gerechtigkeit* verbinden wollen. Ein solcher Brückenschlag bedarf als Minimum einer expliziten Bezugnahme auf verschiedene normative oder theoretisch begründete Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit (vgl. etwa Merkel 2001 sowie Priddat/Wieland 2004). Im Rahmen dieser Kurzstudie kann diese Bezugnahme aber nur implizit und ohne weitere Erläuterungen erfolgen.

Die Studie ist in drei Kapitel aufgliedert. Im *Kapitel 1* erfolgen eine Beschreibung der Datenquellen der Studie und Anmerkungen zum Rankingverfahren. Im *Kapitel 2* werden die EU-Mitgliedstaaten anhand einzelner Indikatoren und der fünf indikatorübergreifenden Dimensionen „gerankt“. *Kapitel 3* enthält schließlich einen Überblick über die Ergebnisse der fünf Dimensionenrankings sowie ein alle operationellen Indikatoren umfassendes Gesamtranking der sozialen Lage in den EU-Mitgliedstaaten.

1. Datenquellen und Rankingverfahren

Bei der Auswahl der 35 Sozialindikatoren (vgl. Tabellenverzeichnis), die der Studie zugrunde liegen, haben außer substantiellen Kriterien auch die Verfügbarkeit möglichst aktueller Sekundärdaten eine Rolle gespielt. In vielen Fällen konnte auf Daten aus dem Jahr 2005 zurückgegriffen werden. Bei einigen Indikatoren war es aber erforderlich, von älteren Daten Gebrauch zu machen, jedoch nie älter als 2003. Die Quellen der Sekundärdaten sind vorwiegend Statistiken von Eurostat und OECD. Details zu den Quellen sowie methodologische Erläuterungen zur Berechnung der Kennwerte sind jeweils unter den entsprechenden Tabellen aufgeführt. Für alle errechneten Werte gilt: Die Hundertstelstellen der Zahlenwerte wurden ab fünf aufgerundet, die Zehntelstellen ebenso.

Aus den Daten zu den einzelnen Indikatoren wurden entsprechende Kennwerte ermittelt und ein Ranking durchgeführt. Das Ranking bezieht sich auf drei Aggregationsebenen:

- die Ebene der 35 Indikatoren (**Indikatorenrankings**),
- die Ebene der fünf Dimensionen, die jeweils bis zu acht Indikatoren umfassen (**Dimensionenrankings**),
- und die Ebene eines alle Indikatoren umfassenden **Gesamtrankings**.

Sämtliche Rankings wurden auf einer Ordinalskala von 1 (Bestnote) bis 25 durchgeführt. Die Dimensionenrankings wurden aufgrund des Durchschnittes der Indikatorenrankings einer Dimension ermittelt. Ebenfalls wurde das Gesamtranking aufgrund des Durchschnittes der 35 Indikatorenrankings ermittelt. In den beiden letzteren Fällen wurde weder eine Hierarchisierung noch eine Gewichtung der einzelnen Indikatoren vorgenommen. Länder, bei denen mehr als ein Viertel der Daten für die Indikatoren einer Dimension fehlen, werden keinem Dimensionenranking unterworfen. Ebenfalls sind Länder, für die mehr als ein Viertel der Daten für die Indikatoren sämtlicher Dimensionen fehlen, vom Gesamtranking ausgeschlossen worden. Letzteres trifft nur für Malta zu.

Sind nun die auf diesen Datenquellen und dem Rankingverfahren basierenden Ergebnisse geeignet, die Diskussionen zum europäischen Sozialmodell zu befruchten, und wenn ja, wie? Bei der Beantwortung dieser Frage müssen vorab einige wesentliche methodische Vorbehalte berücksichtigt werden.

Erstens sind viele der verwendeten Sekundärdaten nur bedingt aussagekräftig. Unterschiedliche und manchmal mangelhafte Methoden der nationalen Datenerfassung sowie fehlende Daten erschweren nach wie vor ein vollständiges und unverzerrtes Nachzeichnen der sozialen Lage in der EU. Eine im Aufbau befindliche Initiative wie *The European System of Social Indicators* wird deswegen auch an dieser Stelle ausdrücklich begrüßt.

Zweitens ist es keineswegs methodologisch unproblematisch, die verwendeten Indikatoren auf einer Ordinalskala zu ranken. Ordinalskalen informieren nicht über den Abstand zwischen den Rankingplätzen, so dass nicht ersichtlich wird, ob die faktischen Unterschiede in der sozialen Lage zwischen Spitzenreitern, Mittelfeld und Schlusslichtern gering oder sehr groß sind. Bei den Indikatorenrankings empfiehlt es sich daher, immer auch die absoluten Daten zu studieren, aus denen ein Ranking abgeleitet ist.

Drittens ist es ebenfalls nicht unproblematisch, die Indikatorenrankings für die Berechnung von indikatorübergreifenden Dimensions- und Gesamtrankings zu verwenden. Für diese Studie ist diese Einschränkung wegen der relativ geringen Anzahl von Indikatoren besonders wichtig; zudem wurden die einzelnen Indikatoren auch nicht hierarchisiert oder gewichtet. Somit können die Ergebnisse für Indikatoren, die im Vergleich zu anderen Indikatoren weniger wichtig erscheinen, das Gesamtranking und vor allem die Dimensionenrankings maßgeblich beeinflusst haben.

Schließlich betrachtet die Studie nicht in erster Linie den Input in sozialstaatliche Institutionen oder die Funktionsweise und den Output der Institutionen selber, sondern die faktischen Lebensumstände, die durch das Handeln dieser Institutionen beeinflusst werden. Dieses Vorgehen ermöglicht die Identifizierung von objektiven Merkmalen der sozialen Lage in der EU. Aussagen über Ursachen dieser Lage sowie die subjektive Empfindung – eine in diesem Kontext besonders relevante Größe – sind nicht möglich.

Wir haben uns bei der Zusammenstellung von Daten und eigenen Berechnungen um größtmögliche Sorgfalt bemüht. Dennoch können sich Fehler eingeschlichen haben. Dafür tragen allein wir die Verantwortung.

2. Ranking der Indikatoren und Dimensionen

In Kapitel 2 werden die EU-Mitgliedstaaten nun anhand einzelner Indikatoren sowie der oben dargestellten fünf indikatorenübergreifenden Dimensionen „gerankt“. Vor der tabellarischen Präsentation der jeweiligen Rankingergebnisse erfolgt eine kurze Zusammenfassung und Kommentierung der Ergebnisse.

2.1 Einkommensverteilung und soziale Absicherung

Im Mittelpunkt von Debatten über Sozialmodelle stehen häufig Diskussionen über Einkommensverteilung und soziale Absicherung. Die hier verwendeten Indikatoren spiegeln die Einkommensverteilung sowie Aspekte der sozialen Absicherung in den EU-Mitgliedstaaten wider. Im Gesamtbild des Dimensionsranking stehen Luxemburg (1), die Niederlande (2) und überraschenderweise auch das Neu-Mitglied Slowenien (3) auf den oberen Plätzen. Im oberen Mittelfeld findet man beispielsweise Österreich (8) und Deutschland (9) sowie neue EU-Staaten wie Ungarn (10) und Polen (12). Zu den Schlusslichtern gehören u.a. Länder, die in anderen Dimensionen zu den Spitzenreitern gehören, darunter das Vereinigte Königreich (18) sowie Irland (21) und Estland (22).

Es gibt sowohl Wiederholungen als auch einige markante Unterschiede zwischen den Rankingergebnissen der einzelnen Indikatoren. *Tabelle 1* stellt die Rankingergebnisse beim Indikator Einkommensverteilung dar. Hier landen die Neu-Mitglieder Slowenien (1), Ungarn (2) und die Tschechische Republik (3) überraschend auf Plätzen vor Alt-Mitgliedern, die für eine eher egalitäre Einkommensverteilung bekannt sind, darunter Dänemark und Finnland (beide 4). Beim Spitzenreiter Slowenien ist das Gesamteinkommen von 1/5 (Quintil) der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen 3,6 Mal höher als das Gesamteinkommen von 1/5 der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen. Mit einem Verteilungsquintil von 4,3 landet Deutschland im Vergleich dazu auf Rang 12. Die hinteren Plätze werden von Griechenland (21) und Portugal (22) mit hohen Einkommensdisparitäten und Verteilungsquintilen von 6,6 und 7,4 besetzt.

Generell ist zu beachten, dass nationale Statistiken hohe Einkommen häufig nicht erfassen. Dies ist beispielsweise der Fall in Deutschland, wo die *Einkommens- und Verbrauchsstichprobe* (EVS) des Statistischen Bundesamtes Haushaltseinkommen über 18.000 (2003, Monatseinkommen) aus der Grundgesamtheit ausschließt. Dadurch werden die Einkommensungleichheit sowie die Armutsgefährdungsquoten, die als nächstes betrachtet werden, systematisch unterschätzt. Des Weiteren werden Niedrigeinkommensbezieher nicht im angestrebten Umfang erfasst (Vgl. Fachserie 15, H7, 2002: 19-20). Obdachlose sind ebenfalls aus der Grundgesamtheit ausgeschlossen. Dies dürfte ebenfalls zu einer Unterschätzung der Einkommensungleichheit führen.

Im Hinblick auf den Indikator Armutsgefährdungsquote zeigt *Tabelle 2*, dass die Tschechische Republik (1) und Slowenien (2) wieder auf den vorderen Plätzen stehen. Ganz vorne liegen ebenfalls wieder Finnland (4) sowie Dänemark, Frankreich, Ungarn und die Niederlande (5). Einziger Neuzugang in der Spitze ist Luxemburg (3). Während in diesen Ländern der Prozentanteil von Personen mit einem Einkommen unter der relativen Armutsgrenze zwischen 8 und 12 % liegt, beträgt er bei den Schlusslichtern Griechenland, Slowakei und Irland (alle 21) ganze 21 % und liegt somit 6 Prozentpunkte über der Armutsgefährdungsquote Deutschlands und des EU-Durchschnitts von 15 %.

Bei den Lohnersatzraten für Arbeitslose (*Tabelle 3*) rangieren die Niederlande (1), Dänemark (2), Luxemburg, Schweden (beide 3) und auch Deutschland und Finnland (beide 5) ganz vorne mit Raten von 75 % bis 79 %. Diese Lohnersatzraten stehen in deutlichem Kontrast zu einem EU-Durchschnitt von 62 % und Lohnersatzraten von 38 % bis 6 % bei den schlechtestplatzierten Ländern Ungarn (17), Griechenland (18) und Italien (19). Die Lohnersatzraten wurden 2004 errechnet und sind Durchschnittswerte für Bezieher von Arbeitslosengeld und/oder Sozialhilfe über einen Zeitraum von bis zu 60 Monaten. Damit spiegeln sie nur eingeschränkt die häufig markanten Unterschiede zwischen Arbeitslosengeld und Sozialhilfe wider – Unterschiede, die im Zuge von Arbeitsmarktreformen wie dem deutschen „Hartz IV“ in Zukunft vermutlich eher verstärkt werden.

In *Tabelle 4* verdeutlicht der hohe Anteil von Kindern in Erwerbslosenhaushalten (10,9 %) die Gefahr drohender Kinderarmut und sozialer Ausgrenzung von Kindern in Deutschland (18). Schlusslicht des Rankings zu Kindern in Erwerbslosenhaushalten bildet ein weiteres großes EU-Mitglied: das Vereinigte Königreich. Hier befinden sich ganze 16,5 % der Kinder im Alter von 0-17 Jahren in Haushalten, in denen kein Mitglied einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Dieser Anteil liegt weit über dem EU-Durchschnitt (9,6 %) und den Anteilen der Top Drei – Slowenien (2,7 %), Luxemburg (3,0 %) und Zypern (3,5 %).

Während mit *Tabelle 4* die Gefahr von Armut und sozialer Ausgrenzung von Kindern im Fokus steht, fokussiert *Tabelle 5* auf einen wichtigen Indikator hinsichtlich der gleichen Risiken von Älteren: Die Armutsgefährdungsquote von Personen im Alter ab 65 Jahren. Im Vergleich zum vorigen Ranking verschieben sich hier mehrere Positionen. Zum Beispiel fällt Spanien von Rang sechs auf Rang achtzehn ab, während Deutschland von Rang 18 auf Rang 10 aufsteigt. Die Armutsgefährdungsquote von Älteren in Deutschland liegt dennoch bei 16 %. Spitzenreiter in diesem Ranking ist die Tschechische Republik. Hier liegt die Armutsgefährdungsquote von Älteren bei nur 4 %. Auf Rang zwei folgt Polen mit 6 %. Dies ist unter anderem überraschend, weil Polen eine hohe allgemeine Armutsgefährdung aufweist (vgl. *Tabelle 2*). Hinter dieser Disparität steckt eine besondere Belastung des polnischen Sozialbudgets durch Rentenleistungen (vgl. Schulz zur Wiesch 2006: 197).

Mit *Tabelle 6* greift diese Studie ausnahmsweise einen Indikator auf, der nur indirekte Rückschlüsse auf die soziale Lage in den EU-Mitgliedstaaten erlaubt: Die Gesamtausgaben für den Sozialschutz in Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Hier sind die Spitzenreiter Schweden (1), Dänemark und Frankreich (beide 2). Mit einer Höhe von 30,2 % des BIP unterscheiden sich die Ausgaben Deutschlands (4) nur um 0,7 % von den Ausgaben Dänemarks und Frankreichs. Belgien (5) und Österreich (6) erreichen mit jeweils 29,7 % und 29,5 % fast das gleiche Ausgabenniveau wie Deutschland. Am anderen Ende des Rankings liegen die Ausgaben von Ländern wie Spanien (18), Irland (21) und den drei baltischen Staaten (23-24) um 10 % bis knapp 17 % unter den Ausgaben Deutschlands.

1. Ungleichheit der Einkommensverteilung (Verteilungsquintil, 2003)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Slowenien	3,1
2	Ungarn	3,3
3	Tschechischen Republik	3,4
4	Dänemark	3,6
	Finnland	3,6
6	Frankreich	3,8
7	Österreich	4,0
	Luxemburg	4,0
	Belgien	4,0
	Niederlande	4,0
11	Zypern	4,1
12	Deutschland	4,3
13	Litauen	4,5
	EU-Durchschnitt	4,6
14	Polen	5,0
15	Irland	5,1
	Spanien	5,1
17	Ver. Königreich	5,3
18	Slowakei	5,4
19	Estland	5,9
20	Lettland	6,1
21	Griechenland	6,6
22	Portugal	7,4
–	Malta	–
–	Italien	–
–	Schweden	–

Verhältnis des Gesamteinkommens von den 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen (oberstes Quintil) zum Gesamteinkommen von den 20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen (unterstes Quintil). Unter Einkommen wird das verfügbare Äquivalenzeinkommen verstanden.

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen (07.07.2006):

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=sdi_ps&root=sdi_ps/sdi_ps/sdi_ps_mon/sdi_ps1130

2. Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers (in %, 2003)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Tschechische Republik	8
2	Slowenien	10
	Luxemburg	10
4	Finnland	11
5	Dänemark	12
	Frankreich	12
	Ungarn	12
	Niederlande	12
9	Österreich	13
10	Belgien	15
	Deutschland	15
	Litauen	15
	Zypern	15
	EU-Durchschnitt	15
14	Lettland	16
15	Polen	17
16	Estland	18
	Ver. Königreich	18
	Spanien	19
	Portugal	19
20	Griechenland	21
	Slowakei	21
	Irland	21
	–	–
	–	–
	–	–

Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60% des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) festgelegt ist.

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen (24.08.2006):

http://epp.eurostat.eu/portal/page?_pageid=1996,39140...

3. Netto-Lohnersatzrate (in %, 2004)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Niederlande	79
2	Dänemark	77
	Luxemburg	77
	Schweden	77
5	Deutschland	75
	Finnland	75
7	Österreich	73
8	Portugal	72
9	Frankreich	71
	Irland	71
11	Belgien	66
	Ver. Königreich	66
13	Polen	64
	EU-Durchschnitt*	62
14	Tschechische Republik	59
15	Spanien	52
16	Slowakei	42
17	Ungarn	38
18	Griechenland	33
19	Italien	6
–	Estland	–
–	Lettland	–
–	Litauen	–
–	Malta	–
–	Slowenien	–
–	Zypern	–

Durchschnittliche Lohnersatzrate nach Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen für Bezieher von Arbeitslosengeld und/oder Sozialhilfe in einem Zeitraum von bis zu 60 Monaten.

* Abgerundet.

Quelle: OECD Tax-Benefit Models und eigene Berechnungen (18.08.2006):

www.oecd.org/els/social/workincentives

4. Kinder im Alter von 0-17 Jahren in erwerbslosen Haushalten (in %, 2005)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Slowenien	2,7
2	Luxemburg	3,0
3	Zypern	3,5
4	Griechenland	4,1
5	Portugal	4,3
6	Spanien	5,4
7	Italien	5,6
8	Finnland	5,7
9	Dänemark	6,0
10	Litauen	6,2
11	Österreich	6,4
12	Niederlande	6,9
13	Tschechische Republik	8,1
14	Lettland	8,3
15	Malta	8,9
16	Estland	9,1
17	Frankreich	9,5
	EU-Durchschnitt	9,6
18	Deutschland	10,9
19	Irland	12,0
20	Belgien	12,9
21	Slowakei	13,8
22	Ungarn	14,2
23	Ver. Königreich	16,5
–	Polen	–
–	Schweden	–

Kinder im Alter von 0-17 Jahren in erwerbslosen Haushalten wird definiert als der Anteil der Personen im Alter von 0-17 Jahren in Haushalten, in denen kein Mitglied einer Erwerbstätigkeit nachgeht.

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen (23.03.2006):

<http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?pageid=1996,39140985...>

5. Armutsgefährdungsquote für Personen im Alter ab 65 Jahren (in %, 2003)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Tschechische Republik	4
2	Polen	6
3	Niederlande	7
4	Ungarn	10
5	Frankreich	11
6	Litauen	12
	Luxemburg	12
8	Slowakei	13
9	Lettland	14
10	Deutschland	16
	Österreich	16
	EU-Durchschnitt	17
12	Estland	17
	Finnland	17
14	Slowenien	19
15	Dänemark	21
16	Belgien	23
17	Ver. Königreich	24
18	Griechenland	28
	Spanien	28
20	Irland	41
21	Zypern	52
–	Italien	–
–	Malta	–
–	Portugal	–
–	Schweden	–

Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) festgelegt ist. Ruhestands- und Hinterbliebenenrenten werden als Einkommen vor Übertragungen und nicht als soziale Transferleistungen gezählt.

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen (02.08.2006):

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=sdi_as&root=sdi_as/sdi_as/sdi_as_pen/sdi_as1110

6. Gesamtausgaben für den Sozialschutz (in % vom BIP, 2003)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Schweden	33,5
2	Dänemark	30,9
	Frankreich	30,9
4	Deutschland	30,2
5	Belgien	29,7
6	Österreich	29,5
7	Niederlande	28,1
	EU-Durchschnitt	28,0
8	Finnland	26,9
9	Ver. Königreich	26,7
10	Italien	26,4
11	Griechenland	26,3
12	Slowenien	24,6
13	Portugal	24,3
14	Luxemburg	23,8
15	Polen	21,6
16	Ungarn	21,4
17	Tschechische Republik	20,1
18	Spanien	19,7
19	Malta	18,5
20	Slowakei	18,4
21	Irland	16,5
22	Zypern*	16,4
23	Litauen	13,6
24	Estland	13,4
	Lettland	13,4

Die Sozialschutzausgaben umfassen die Sozialleistungen, die aus Geld- oder Sachübertragungen an private Haushalte oder Einzelpersonen bestehen. Sie decken die Lasten, die den Begünstigten durch eine festgelegte Zahl von Risiken oder Bedürfnissen entstehen, sowie die Verwaltungskosten, die den Sozialschutzsystemen durch die Verwaltung und Betriebsführung entstehen, und die sonstigen Ausgaben, die aus verschiedenen Aufwendungen der Sozialschutzsysteme bestehen (z. B. Zahlung von Vermögenssteuern).

* Zypern: 2002.

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen (20.08.2006):

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_population&root=Yearlies_new_population/C/C5/C54/dae10000

7, Dimensionsranking I: Einkommensverteilung und soziale Absicherung

Platz	EU-Mitgliedstaat
1	Luxemburg
2	Niederlande
3	Slowenien
4	Dänemark
5	Finnland
6	Frankreich
7	Tschechische Republik
8	Österreich
9	Deutschland
10	Ungarn
11	Belgien
12	Polen
13	Portugal
14	Zypern
15	Litauen
16	Spanien
17	Griechenland
18	Ver. Königreich
19	Lettland
20	Slowakei
21	Irland
22	Estland
–	Italien
–	Malta
–	Schweden

Bei indikatorenübergreifende Gesamtrankings wurde weder eine Hierarchisierung noch eine Gewichtung der einzelnen Indikatoren vorgenommen.

2.2 Inklusion in den Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt ist ein zentrales Feld des Wettbewerbs um ökonomische und soziale Teilhabe. In dieser Dimension werden einige klassische Indikatoren zur Situation der nationalen Arbeitsmärkte und einzelner Bevölkerungsgruppen zusammengefasst.

Das Ranking für die gesamte Dimension wird von Zypern, Irland, den Niederlanden und Dänemark angeführt. Schweden (10) und Finnland (11) liegen im Mittelfeld, während Deutschland (18) sowie Frankreich (21) relativ schlecht abschneiden. Die Schlusslichter sind Belgien (23), die Slowakei (24) und Polen (25).

In den *Tabellen 8 und 9* spiegelt sich der Zusammenhang zwischen hohen Beschäftigungsquoten und niedrigen Arbeitslosenquoten und vice versa. Dänemark, die Niederlande, das Vereinigte Königreich und Österreich sind in beiden Tabellen auf den vorderen Plätzen zu finden. In Schweden und Finnland fehlt dieser Zusammenhang: Hohen Beschäftigungsquoten stehen dort vergleichsweise hohe Arbeitslosenquoten gegenüber (Schweden (13), Finnland (17)). Beide Länder schneiden auch bei der Jugendarbeitslosigkeit (vgl. *Tabelle 11*) mit Rang 18 (Finnland) und Rang 21 (Schweden) überraschend schwach ab. Deutschlands Beschäftigungsquote ist durchschnittlich (11), aber die Arbeitslosigkeit übertrifft den EU-Durchschnitt, so dass Deutschland (mit Frankreich) auf Platz 21 liegt. Das Schlusslicht auf beiden Indikatoren bildet Polen. Etwa eine Million Polen verdient ihr Geld bereits legal und registriert im Westen der EU (*Die Zeit* Nr. 27 vom 07.09.2006). Hinzu kommt eine ungenannte Zahl polnischer Schwarzarbeiter.

Die *Tabelle 10* stellt das Arbeitsmarktrisiko für Bevölkerungsgruppen mit geringem Bildungsstand dar. In Ländern mit geringer Arbeitslosigkeit wie Luxemburg (1), Niederlande (2), Irland (3) und anderen ist dieser Zusammenhang gering ausgeprägt. In diesen Ländern nimmt der Arbeitsmarkt zur Zeit offenbar auch geringer Qualifizierte auf. Auf dem deutschen (22) Arbeitsmarkt finden dagegen 20 % der gering Gebildeten kein Auskommen. Nur in Tschechien (23), Polen (24) und der Slowakei (25) ist die Lage der geringer Gebildeten noch prekärer als in Deutschland. Diese neuen Mitgliedstaaten, sowie Ungarn (18) und die drei baltischen Staaten (19-21) rekrutieren offenkundig vor allem besser gebildete Erwerbstätige.

Die Arbeitslosigkeit junger Menschen (*Tabelle 11*) korreliert erwartungsgemäß mit der allgemeinen Beschäftigungs- und der Arbeitslosenquote. Auf den positiven Rangplätzen 1 bis 5 landen wieder die Niederlande, Dänemark, Irland, Österreich und das Vereinigte Königreich. Deutschland liegt mit Rang 9 relativ gut, weit vor Finnland (18) Frankreich (20), Schweden (21) und den Schlusslichtern Griechenland (23), Slowakei (24) und Polen (25).

Langzeitarbeitslosigkeit (*Tabelle 12*) ist in den Staaten mit florierender Wirtschaft kein Thema (Vereinigtes Königreich (1), Dänemark (2), Zypern und Luxemburg (3)). Der gleichfalls gute Rang Schwedens (3) zeigt, dass Langzeitarbeitslosigkeit immer auch mit der Arbeitsmarktsituation der vorausgegangenen, in Schweden besseren Jahre zu tun hat. Deutschlands Langzeitarbeitslosigkeit (22) wird nur durch Griechenland (23), Polen (24) und die Slowakei (25) übertroffen.

Die Beschäftigungsrisiken von Ausländern (*Tabelle 13*) sind in allen Ländern außer in Griechenland (1) höher als diejenigen der inländischen Bevölkerung. In den Ländern ohne eine nennenswerte Einwanderung (Zypern (2), Tschechien (4) und Finnland (6)) ist das erhöhte Risiko für Migranten weniger ausgeprägt als in Staaten wie Frankreich (14), den Niederlanden (15), Schweden (16) und Belgien (18) mit einem relativ hohen Migrantenanteil. Dänemark (17) scheint trotz einer restriktiven Einwanderungspolitik und positiver Wirtschaftsdaten Beschäftigungschancen und Risiken nicht ausgleichen zu können. Wegen fehlender Daten fällt eine Reihe von Staaten aus der Wertung.

8. Beschäftigungsquote (in %, 2005)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Dänemark	75,9
2	Niederlande	73,2
3	Schweden	72,5
4	Ver. Königreich	71,7
5	Österreich	68,6
6	Zypern	68,5
7	Finnland	68,4
8	Irland	67,6
9	Portugal	67,5
10	Slowenien	66,0
11	Deutschland	65,4
12	Tschechische Republik	64,8
13	Estland	64,4
	EU-Durchschnitt	63,8
14	Luxemburg	63,6
15	Lettland	63,3
	Spanien	63,3
17	Frankreich	63,1
18	Litauen	62,6
19	Belgien	61,1
20	Griechenland	60,1
21	Slowakei	57,7
22	Italien	57,6
23	Ungarn	56,9
24	Malta	53,9
25	Polen	52,8

Die Beschäftigungsquote ergibt sich aus dem Dividieren der Anzahl von erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren durch die Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse. Die Erwerbsbevölkerung besteht aus Personen, die während der Referenzwoche irgendeine Tätigkeit gegen Entgelt oder Ertrag mindestens eine Stunde ausgeübt haben oder die nicht gearbeitet haben, weil sie vom Arbeitsplatz vorübergehend abwesend waren.

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen (10.07.2006):

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=STRIND_EMPLOI&root=STRIND_EMPLOI/emploi/em011

9. Arbeitslosenquote (in %, 2005)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Irland	4,3
2	Niederlande	4,7
	Ver. Königreich	4,7
4	Dänemark	4,8
5	Österreich	5,2
6	Luxemburg	5,3
	Zypern	5,3
8	Slowenien	6,3
9	Ungarn	7,2
10	Malta	7,3
11	Portugal	7,6
12	Italien	7,7
13	Schweden	7,8
14	Estland	7,9
	Tschechische Republik	7,9
	EU-Durchschnitt	8,0
16	Litauen	8,2
17	Belgien	8,4
	Finnland	8,4
19	Lettland	9,0
20	Spanien	9,2
21	Deutschland	9,5
	Frankreich	9,5
23	Griechenland	9,8
24	Slowakei	16,4
25	Polen	17,7

Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung. Die Erwerbsbevölkerung ist die Summe der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen.

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen (09.08.2006):

http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detail-ref&language=de&product=STRIND_EMPLOI&root=STRIND_EMPLOI/emploi/em071

10. Arbeitslosenquote bei geringem Bildungsstand (in %, 2005)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Luxemburg	5,0
2	Niederlande	6,0
3	Irland	6,3
4	Zypern	6,5
5	Ver. Königreich	6,9
6	Dänemark	7,2
7	Malta	7,3
8	Italien	7,6
	Portugal	7,6
10	Griechenland	8,7
11	Österreich	8,8
	Slowenien	8,8
13	Schweden	9,1
14	Spanien	9,8
15	Frankreich	11,0
16	Finnland	11,1
17	Belgien	12,1
18	Ungarn	12,4
	EU-Durchschnitt	12,8
19	Estland	13,5
20	Lettland	13,9
21	Litauen	16,1
22	Deutschland	20,1
23	Tschechische Republik	25,7
24	Polen	29,1
25	Slowakei	50,0

Die Indikatoren beziehen sich auf die Gruppe der 25- bis 59-Jährigen. Sie geben die Wahrscheinlichkeit dafür an, dass eine arbeitswillige Personen mit einem Bildungsstand unter Sekundarstufe II arbeitslos ist.

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen (01.07.2006):

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_population&root=Yearlies_new_population /C/C3/C31/cca23824

11. Arbeitslosenquote bei Jugendlichen bis 24 Jahre (in %, 2005)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Niederlande	8,2
2	Dänemark	8,6
	Irland	8,6
4	Österreich	10,5
5	Ver. Königreich	12,9
6	Zypern	13,2
7	Lettland	13,6
8	Luxemburg	13,8
9	Deutschland	15,0
10	Litauen	15,7
11	Estland	15,9
	Slowenien	15,9
13	Portugal	16,0
14	Malta	16,7
	EU-Durchschnitt	18,5
15	Tschechische Republik	19,2
16	Ungarn	19,4
17	Spanien	19,7
18	Finnland	20,1
19	Belgien	21,5
20	Frankreich	22,3
21	Schweden	22,6
22	Italien	24,0
23	Griechenland	26,0
24	Slowakei	30,1
25	Polen	36,9

Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung. Die Erwerbsbevölkerung ist die Summe der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen. Zu den Arbeitslosen zählen alle Personen von 15 bis 74 Jahren, a) die während der Berichtswoche ohne Arbeit waren; b) die gegenwärtig für eine Beschäftigung verfügbar waren; c) die aktiv auf Arbeitssuche waren Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen (01.07.2006):

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=SDI_MAIN&root=SDI_MAIN/sdi/sdi_ed/sdi_ed_emp/sdi_ed1432

12. Langzeitarbeitslosenquote (12 Monate und mehr) (in %, 2005)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Ver. Königreich	1,0
2	Dänemark	1,1
3	Zypern	1,2
	Luxemburg	1,2
	Schweden	1,2
6	Österreich	1,3
7	Irland	1,5
8	Niederlande	1,9
9	Finnland	2,2
	Spanien	2,2
11	Slowenien	3,1
12	Ungarn	3,2
13	Malta	3,4
14	Portugal	3,7
	EU-Durchschnitt	3,9
15	Italien	3,9
	Frankreich	3,9
17	Lettland	4,1
18	Estland	4,2
	Tschechische Republik	4,2
20	Litauen	4,3
21	Belgien	4,4
22	Deutschland	5,0
23	Griechenland	5,1
24	Polen	10,2
25	Slowakei	11,7

Langzeitarbeitslose Personen (12 Monate und mehr) sind mindestens 15 Jahre alt und leben nicht in kollektiven Haushalten; sie sind in den nächsten zwei Wochen weiter arbeitslos, sind imstande, eine neue Arbeit in den nächsten zwei Wochen anzunehmen und suchen Arbeit. Die Arbeitslosigkeitsdauer wird definiert als der Zeitraum, in welchem Arbeit gesucht wird, oder als abgelaufene Periode seit der letzten Tätigkeit.

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen (01.07.2006):

www.epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-CD-05-001-2/DE/KS-CD-05-001-2-DE.PDF

13. Beschäftigungsrisiko von Inländern und Ausländern im Vergleich (2004)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Griechenland	0,97
2	Zypern	1,25
3	Lettland	1,28
4	Tschechische Republik	1,29
5	Spanien	1,35
6	Finnland	1,40
7	Portugal	1,47
8	Irland	1,52
9	Ver. Königreich	1,68
	EU-Durchschnitt	1,80
10	Deutschland	1,82
11	Österreich	1,88
12	Luxemburg	2,03
13	Estland	2,06
14	Frankreich	2,23
15	Niederlande	2,42
16	Schweden	2,54
17	Dänemark	2,57
18	Belgien	2,67
–	Italien	–
–	Litauen	–
–	Malta	–
–	Polen	–
–	Slowakei	–
–	Ungarn	–
–	Slowenien	–

Verhältnis des Prozentanteils arbeitsloser Ausländer an der ausländischen Erwerbsbevölkerung zum Prozentanteil arbeitsloser Inländer an der inländischen Erwerbsbevölkerung.

Quelle: European System of Social Indicators unter Verwendung von Daten des Eurostat und New Cronos sowie eigene Berechnungen (27.08.2006):

http://www.social-science-geis.de/en/social_monitoring/social_indicators/Data/EUSI/pdf_files/H3512.pdf

14. Dimensionsranking II: Inklusion in den Arbeitsmarkt

Platz	EU-Mitgliedstaat
1	Zypern
2	Irland
3	Niederlande
4	Dänemark
5	Ver. Königreich
6	Österreich
7	Luxemburg
8	Slowenien
9	Portugal
10	Schweden
11	Finnland
12	Spanien
13	Lettland
14	Malta
15	Tschechische Republik
16	Estland
17	Ungarn
18	Deutschland
	Italien
20	Griechenland
21	Frankreich
	Litauen
23	Belgien
24	Slowakei
25	Polen

Bei indikatorenübergreifenden Gesamtrankings wurde weder eine Hierarchisierung noch eine Gewichtung der einzelnen Indikatoren vorgenommen.

2.3 Bildungs- und Ausbildungschancen

Die Dimension Bildungs- und Ausbildungschancen wird zu einem wesentlichen Teil durch PISA-Daten gespeist. Da diese nicht für alle EU-Länder vorliegen bzw. durch zu geringe Teilnahme (UK) nicht valide sind, können nicht alle Länder in das Ranking einbezogen werden. Auch in der hier gewählten Kombination von Indikatoren kommt Finnland wieder auf den ersten Rangplatz, gefolgt von Schweden und Irland.

Die bereits öffentlich diskutierten schlechten deutschen PISA-Ergebnisse, eine hohe Quote früher Schulabgänger und ein niedriger Anteil Jugendlicher mit einem Abschluss der Sekundarstufe II sowie die hohe sozialstrukturelle Determinierung der Schulleistungen und die prekäre Situation von Migrantenkindern kulminieren in einem miserablen deutschen Rangplatz 18 (von 19 in die Auswertung einbezogenen Ländern).

Die Befunde im einzelnen: In einigen neuen EU-Ländern gibt es nur eine geringe Quote früher jugendlicher Schulabgänger (*Tabelle 15*). Slowenien, Polen, die Slowakei und Tschechien führen die Rangliste an, während Deutschland (18) und das Vereinigte Königreich (19) nur noch von den Mittelmeerländern Zypern, Italien, Spanien, Portugal und Malta „überboten“ werden. Wegen ihrer Datenlücken werden vorhandene Einzelergebnisse für das Vereinigte Königreich, Estland, Litauen, Malta, Slowenien und Zypern im weiteren nicht kommentiert.

Die Quote der Jugendlichen, die mindestens einen Abschluss der Sekundarstufe II aufweisen (*Tabelle 16*) liegt in einigen neuen EU-Ländern (Slowakei (1), Slowenien (2), Tschechische Republik (3) und Polen (4)) mit mehr als 90 % deutlich über dem EU-Durchschnitt von 78,7 %. Mit 71,0 % landet Deutschland auf Rang 22. Dies könnte möglicherweise indizieren, dass Deutschland und weitere Schlusslichter wie Luxemburg (21) und Spanien (23) einen vergleichsweise niedrigen Bevölkerungsanteil haben, der über die notwendige Mindestqualifikationen verfügt, um aktiv am sozialen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen. Dabei ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Sekundarstufe II in den einzelnen europäischen Ländern aufgrund der unterschiedlichen nationalen Bildungssysteme nach unterschiedlich langen Ausbildungszeiten abgeschlossen wird, weshalb die Daten möglicherweise ein verzerrtes Bild abgeben.

Während bei den Schülerkompetenzen (*Tabelle 17*) und der Quote der bildungsarmen Schüler (*Tabelle 18*) jeweils Finnland und die Niederlande die besten Plätze einnehmen, zeigt das Ergebnis für Deutschland eine disparate Tendenz: Die Schülerkompetenzen liegen mit Rang 8 knapp über dem EU-Durchschnitt, während Deutschland mit einer Quote von 9,3 % bildungsarmer Schüler den vorletzten Platz (18) vor Griechenland übernimmt.

In den *Tabellen 19, 20 und 21* wird der sozioökonomische, familiale und der Migrationshintergrund von Schulleistungen abgebildet. Wiederum landet Deutschland auf den hinteren Plätzen und stellt sich damit als ein Land dar, in dem die Bildungschancen der Kinder sozialstrukturell determiniert und damit stärker eingeschränkt sind als dies in den meisten anderen Staaten erkennbar ist.

Die Teilnahme der erwachsenen Bevölkerung an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (*Tabelle 22*) ist in den skandinavischen Staaten und im Vereinigten Königreich um ein Vielfaches höher als in Deutschland (Schweden 34,7 %, Vereinigtes Königreich 29,1 %, Deutschland 8,2 %).

Aus dem konsistenten Zusammenhang der meisten Ergebnisse dieser Dimension mit Befunden zur Dimension Einkommen und soziale Absicherung (Arbeitslosigkeit bei geringem Bildungsstand u.a.) ergibt sich eine klare bildungspolitische Herausforderung für die deutsche Politik. Die vorderen Rangplätze skandinavischer Länder und kleiner Staaten wie Irland, Lettland und Österreich lenken den Blick auf aktuelle und künftige Konkurrenzen um das Humankapital in Europa. Auf die Kritiken des aktuellen OECD-Bildungsberichtes (2006), z.B. an der niedrigen Teilnahme in Deutschland an beruflicher Weiterbildung sowie der eher niedrigen deutschen Akademikerquote (20,6 %), sei hier ergänzend verwiesen.

15. Frühe jugendliche Schulabgänger (in %, 2005)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Slowenien	4,3
2	Polen	5,5
3	Slowakei	5,8
4	Tschechische Republik	6,4
5	Dänemark	8,5
6	Schweden	8,6
7	Finnland	8,7
8	Österreich	9,1
9	Litauen	9,2
10	Lettland	11,9
11	Ungarn	12,3
	Irland	12,3
13	Frankreich	12,6
14	Luxemburg	12,9
15	Belgien	13,0
16	Griechenland	13,3
17	Niederlande	13,6
18	Deutschland	13,8
19	Estland	14,0
	Ver. Königreich	14,0
	EU-Durchschnitt	14,7
21	Zypern	18,1
22	Italien	21,9
23	Spanien	30,8
24	Portugal	38,6
25	Malta	44,5

Prozentsatz der 18-24-Jährigen, die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen und die höchstens einen Bildungsabschluss des Sekundarbereichs I haben. Frühe Schulabgänger bezieht sich auf Personen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren, die folgende Bedingungen erfüllen: das höchste erreichte Bildungsniveau ist ISCED 0, 1, 2 oder 3c und die Befragten haben angegeben, sie hätten vier Wochen vor der Erhebung an keiner Ausbildung bzw. keinem Unterricht teilgenommen (Zähler). Der Nenner besteht aus der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe ohne die Personen, die die Fragen „höchstes erreichtes Bildungsniveau“ und „Teilnahme an Ausbildung bzw. Unterricht“ nicht beantwortet haben.

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen (04.03.2006):

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_population&root=Yearlies_new_population/C/C3/C31/sc051

16. Jugendlichen mit Sekundarstufe-II-Abschluss oder höher (in %, 2005)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Slowakei	91,5
2	Slowenien	90,6
3	Tschechische Republik	90,3
4	Polen	90,0
5	Schweden	87,8
6	Irland	86,1
7	Österreich	85,9
8	Litauen	85,2
9	Finnland	84,6
10	Griechenland	84,0
11	Ungarn	83,3
12	Frankreich	82,8
13	Lettland	81,8
14	Estland	80,9
15	Zypern	80,7
16	Belgien	80,3
	EU-Durchschnitt	78,7
17	Ver. Königreich	77,1
18	Dänemark	76,0
19	Niederlande	74,7
20	Italien	72,9
21	Luxemburg	71,1
22	Deutschland	71,0
23	Spanien	61,3
24	Portugal	48,4
25	Malta	45,0

Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 20-24 Jahren mit mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss: Der Indikator „Höchster erreichter Bildungsgrad der Jugendlichen“ wird definiert als der Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 20-24 Jahren mit mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss, d. h. mit mindestens einem ISCED 3a, 3b oder 3c lang entsprechenden Bildungsabschluss (Zähler). Der Nenner ist die Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe ohne die Personen, die die Fragen „höchster erreichter Ausbildungsstand“ nicht beantwortet haben.

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen (07.04.2006):

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_population&root=Yearlies_new_population/C/C3/C31/ir091

17. Schülerkompetenzen (PISA-Gesamtpunktzahl, 2003)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Finnland	546
2	Niederlande	524
3	Belgien	518
4	Tschechische Republik	511
5	Schweden	510
6	Frankreich	509
7	Irland	505
8	Deutschland	502
9	Dänemark	500
10	Österreich	499
	EU-Durchschnitt	498
11	Ungarn	494
12	Polen	493
13	Slowakei	489
14	Lettland	487
	Luxemburg	487
16	Spanien	484
17	Italien	474
18	Portugal	471
19	Griechenland	462
–	Ver. Königreich*	–
–	Estland	–
–	Litauen	–
–	Malta	–
–	Slowenien	–
–	Zypern	–

Definiert als Gesamtpunktzahl der PISA II (2003). Die Gesamtpunktzahl besteht aus dem errechneten arithmetischen Mittel der Werte aus den Gesamtskalen der Kompetenzbereiche Mathematik, Lesen, Naturwissenschaften und Problemlösung. Die Hundertstelstellen der Durchschnittswerte wurden ab fünf aufgerundet, die Zehntelstellen ebenso. 50 PISA-Punkte entsprechen in etwa dem Lernfortschritt von eineinhalb Schuljahren.

* Das Vereinigte Königreich hat zwar an PISA II teilgenommen, die Beteiligungsquote ist jedoch häufig zu niedrig, um die Vergleichbarkeit von Daten zu gewährleisten.

Quellen: OECD 2004a (406, 494, 498), 2004b (145) und eigene Berechnungen.

18. Bildungsarmut: Schüler unter Kompetenzstufe I (in %, 2003)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Finnland	1,1
2	Niederlande	2,1
3	Irland	2,7
4	Schweden	3,9
5	Dänemark	4,6
6	Lettland	5,0
7	Polen	5,3
8	Ungarn	6,1
9	Frankreich	6,3
	EU-Durchschnitt	6,3
10	Tschechische Republik	6,5
11	Österreich	7,3
12	Spanien	7,4
13	Portugal	7,6
14	Belgien	7,8
15	Slowakei	8,0
16	Luxemburg	8,7
17	Italien	9,1
18	Deutschland	9,3
19	Griechenland	10,2
–	Estland	–
–	Ver. Königreich	–
–	Litauen	–
–	Malta	–
–	Slowenien	–
–	Zypern	–

Bildungsarmut ist hier definiert als Nichterreichen der Kompetenzstufe 1. Als bildungsarm werden daher alle Schüler eingestuft, deren PISA-Test-Ergebnis unterhalb von 335 Punkten liegt. Die hier verwandten Zahlen beziehen sich ausschließlich auf den Kompetenzbereich „Lesen“, da das veröffentlichte Datenmaterial in der PISA-Publikation (OECD 2004) zu den Bereichen „Mathematik“, „Naturwissenschaft“ und „Problemlösung“ keine aussagekräftigen Rückschlüsse für den Bildungsarmutvergleich zulässt. Bildungsarmut im Bereich Lesekompetenz bedeutet „funktionaler Analphabetismus“ (Allmendinger/Leibfried: 2003): die Schüler dieser Kategorie können zwar lesen, sind jedoch sehr selten in der Lage, die gelesenen Informationen aufzunehmen und zu verarbeiten.

Quelle: OECD 2004a (493) und eigene Berechnungen.

19. Schulleistung und Beruf der Eltern (% erklärter Varianz, 2003)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Lettland	6,0
2	Finnland	7,2
3	Spanien	8,2
4	Italien	8,3
5	Dänemark	9,1
6	Schweden	9,2
7	Irland	10,0
8	Griechenland	10,5
9	Österreich	10,6
	EU-Durchschnitt	11,5
10	Niederlande	12,6
	Polen	12,6
	Tschechische Republik	12,6
13	Frankreich	13,0
14	Slowakei	13,1
15	Luxemburg	13,8
16	Portugal	14,8
17	Belgien	15,3
18	Deutschland	15,5
19	Ungarn	16,9
–	Ver. Königreich	–
–	Estland	–
–	Litauen	–
–	Malta	–
–	Slowenien	–
–	Zypern	–

Es wird der Zusammenhang zwischen Schülerleistungen in Mathematik und der beruflichen Stellung der Eltern dargestellt. Dazu ist die Varianz der Schülerleistungen angegeben, die durch die berufliche Stellung der Eltern erklärt wird. Ein niedriger Wert bringt beispielsweise zum Ausdruck, dass nur ein geringer Teil der Leistungsunterschiede der Schüler durch die berufliche Stellung der Eltern bestimmt wird. Die Berufliche Stellung wurde entsprechend der HISEI (International socio-economic index of occupational status) indiziert.

Quelle: OECD 2004b (436) und eigene Berechnungen.

20. Schulleistung und sozioökonomischer Hintergrund der Schüler (% erklärter Varianz, 2003)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Lettland	10,5
2	Finnland	10,9
3	Italien	13,6
4	Spanien	14,0
5	Schweden	15,3
6	Griechenland	15,9
7	Österreich	16,0
8	Irland	16,3
9	Polen	16,7
10	Luxemburg	17,1
11	Portugal	17,5
12	Dänemark	17,6
	EU-Durchschnitt	17,6
13	Niederlande	18,6
14	Tschechische Republik	19,5
15	Frankreich	19,6
16	Slowak. Republik	22,3
17	Deutschland	22,8
18	Belgien	24,1
19	Ungarn	27,0
–	Ver. Königreich	–
–	Estland	–
–	Litauen	–
–	Malta	–
–	Slowenien	–
–	Zypern	–

Es wird der Zusammenhang zwischen Schülerleistungen in Mathematik und dem PISA-Index des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Status (ESCS, Index of Economic, Social and Cultural Status) dargestellt. Dazu ist der Anteil der Varianz angegeben, der erklärt, wie viel Prozent der Abweichung von der Durchschnittsleistung auf den sozioökonomischen Hintergrund der jeweiligen Schüler zurückzuführen ist. Ein niedriger Wert bringt beispielsweise zum Ausdruck, dass nur ein geringer Teil der Leistungsunterschiede zwischen den Schülern von deren sozioökonomischen Hintergrund bestimmt wird.

Quelle: OECD 2004a (447) und eigene Berechnungen.

21. Schulleistung und Migrationshintergrund (PISA-Punktzahldifferenz, 2003)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Lettland	3
2	Irland	4
3	Ver. Königreich	16
4	Luxemburg	38
5	Griechenland	43
6	Spanien	45
	EU-Durchschnitt	50
7	Frankreich	54
8	Österreich	61
	Portugal	61
10	Schweden	64
11	Niederlande	66
12	Dänemark	68
13	Deutschland	81
14	Belgien	100
–	Finnland	–
–	Italien	–
–	Polen	–
–	Slowakei	–
–	Tschechische Republik	–
–	Ungarn	–
–	Estland	–
–	Litauen	–
–	Malta	–
–	Slowenien	–
–	Zypern	–

Die Abbildung stellt die Punktzahldifferenz bei den Mathematikleistungen zwischen Schülern, die im Inland des Testlandes geboren sind (so wie auch mindestens einer ihrer Elternteile) und Schülern, die einen Migrationshintergrund besitzen (Schüler im Inland geboren, aber Eltern im Ausland bzw. Schüler selbst im Ausland geboren) dar. Ist die Punktzahldifferenz gering, so fallen auch die Leistungsunterschiede zwischen den beiden Schülergruppen gering aus – der Migrationshintergrund würde in diesen Fällen keine (negative) Auswirkung auf die Schülerleistung haben.

Quelle: OECD 2004a (444) und eigene Berechnungen.

22. Lebenslanges Lernen: Teilnahme der erwachsenen Bevölkerung an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (in %, 2005)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Schweden	34,7
2	Ver. Königreich	29,1
3	Dänemark	27,6
4	Finnland	24,8
5	Slowenien	17,8
6	Niederlande	16,6
7	Österreich	13,8
8	Spanien	12,1
	EU-Durchschnitt	11,0
9	Belgien	10,0
10	Luxemburg	8,5
11	Deutschland	8,2
12	Irland	8,0
13	Frankreich	7,6
	Lettland	7,6
15	Litauen	6,3
16	Italien	6,2
17	Estland	5,9
	Tschechische Republik	5,9
19	Malta	5,8
20	Zypern	5,6
21	Polen	5,0
	Slowakei	5,0
23	Portugal	4,6
24	Ungarn	4,2
25	Griechenland	1,8

Lebenslanges Lernen bezieht sich auf Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, die angegeben haben, sie hätten vier Wochen vor der Erhebung an einer Ausbildung bzw. einem Unterricht teilgenommen (Zähler). Der Nenner besteht aus der Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse.

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen (01.07.2006):

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=SDI_MAIN&root=SDI_MAIN/sdi/sdi_ed/sdi_ed_com/sdi_ed1220

23. Dimensionsranking III: Bildungs- und Ausbildungschancen

Platz	EU-Mitgliedstaat
1	Finnland
2	Schweden
3	Irland
4	Lettland
5	Österreich
6	Dänemark
7	Tschechische Republik
8	Polen
9	Niederlande
10	Frankreich
11	Slowakei
	Spanien
13	Luxemburg
14	Belgien
15	Griechenland
16	Italien
17	Ungarn
18	Deutschland
19	Portugal
–	Estland
–	Litauen
–	Malta
–	Slowenien
–	Ver. Königreich
–	Zypern

Bei indikatorenübergreifenden Gesamtrankings wurde weder eine Hierarchisierung noch eine Gewichtung der einzelnen Indikatoren vorgenommen.

2.4 Geschlechtergleichstellung

Wie ist die soziale Lage von Frauen relativ zu Männern in den EU-Mitgliedstaaten? Die Indikatoren dieser Dimension können Hinweise zur Beantwortung dieser Frage geben. Das Dimensionenranking zeigt ein Gesamtbild, wonach die drei baltischen Staaten Lettland (1), Litauen (2) und Estland (3) sowie Portugal (3) die ersten Plätze belegen. Im Mittelfeld schneiden die in Bezug auf Geschlechtergleichstellung häufig als Vorreiter gesehene Länder wie Frankreich (11), Finnland (12), Dänemark (13) und die Niederlande (13) insgesamt schlechter ab als Länder wie Irland (8) und Polen (10). Schlusslichter des Dimensionenrankings sind die Tschechische Republik (22), Deutschland (23) und Luxemburg (24).

Schaut man auf die Rankingergebnisse der einzelnen Indikatoren der Dimension, so ergibt sich wieder ein recht heterogenes Bild. *Tabelle 24* stellt die relative Frauenerwerbsquote, bezogen auf die Männererwerbsquote dar. Dabei liegen die Frauen in Finnland (1), Schweden (1) und Estland (1) mit einem Quotient von 0,95 mit der männlichen Bevölkerung fast gleichauf. Mit 0,83 liegt Deutschland (11) im oberen Mittelfeld und über dem EU-Durchschnitt von 0,79. Am anderen Ende des Rankings stehen dagegen Italien (23), Griechenland und Malta mit Quotienten von jeweils 0,65, 0,62 und 0,46.

Tabelle 25 zeigt Unterschiede im Einkommen von Männern und Frauen. Hier schneiden mehrere Länder mit vergleichsweise niedrigen Frauenerwerbsquoten gut ab. Dies gilt beispielsweise für Italien (4) mit einem Lohngefälle von nur 7 %. Umgekehrt scheinen die Länder mit einer relativ hohen Frauenerwerbsquote auch von einem viel größeren Lohngefälle gekennzeichnet zu sein. So etwa in Schweden (15) mit 17 % oder Estland (23) mit ganzen 24 %. Deutschland (22) liegt mit 23 % acht Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt von 15 %.

Wie *Tabelle 26* zeigt, gibt es fünf EU-Länder, in denen Frauen relativ weniger von Erwerbslosigkeit betroffen sind als Männer, so z.B. in Estland (1), im Vereinigten Königreich (2) und in Irland (3). Sonst ist das Verhältnis eher umgekehrt, wenngleich in unterschiedlichem Umfang. Im EU-Durchschnitt kommen auf 100 erwerbslose Frauen 81 erwerbslose Männer. In Deutschland (13) ist das Verhältnis (100 zu 86) etwas besser, während es in Luxemburg (23), Spanien (24) und Griechenland (25) bei unter 100 zu 60 liegt.

Es gibt drei Länder, in denen die Armutsgefährdungsquote von Frauen etwas geringer oder auf gleichem Niveau wie die Quote der Männer liegt (*Tabelle 27*): Polen (1), Ungarn (1) und die Slowakei (3). Im EU-Durchschnitt kommen auf 100 Frauen, deren verfügbares Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, rund 88 Männer. Beim Schlusslicht Deutschland (21) ist das Verhältnis 100 zu 76, womit allein das Geschlecht ein beträchtlich erhöhtes Armutsrisiko verursacht. Interessanter Weise rückt *Tabelle 27* die Ergebnisse von *Tabelle 25* und *26* in ein etwas anderes Licht. So scheint eine hohe Erwerbsbeteiligungsquote zwar mit einem höheren geschlechterspezifischen Lohngefälle einherzugehen. Es verringert sich aber auch häufig das Armutsrisiko von Frauen im Vergleich zu Männern. Berufstätige Frauen sind überdurchschnittlich häufig in schlechter bezahlten Jobs beschäftigt und schaffen somit Lohngefälle. Sie haben aber zugleich auch ein niedrigeres Risiko, arm zu werden, weil sie weniger abhängig vom Einkommen eines Partners sind bzw. das Gesamteinkommen eines Haushaltes erhöhen und somit die mit dem Verlust eines Partner-Einkommens verbundenen Risiken verringern.

In *Tabelle 28* wird deutlich, dass in fast allen Ländern Frauen inzwischen einen höheren Bildungsstand – hier die Sekundarstufe II – erreicht haben als Männer. Den größten Vorsprung erreichen die Portugiesinnen (1), gefolgt von Spanierinnen (2), Zypriotinnen (3), Estländerinnen (4) und Italienerinnen (5). Deutschland (16) liegt mit einer Quote von 1,04 geringfügig unter dem EU-Durchschnitt (1,07).

Dass der Bildungsvorsprung von Frauen bisher noch nicht durch Zuweisung entsprechender Führungspositionen honoriert worden ist, zeigt *Tabelle 29*. Der Anteil weiblicher Manager ist in den baltischen Staaten Lettland (44,3 %) Litauen (42,7 %) und Estland (37,5 %) deutlich höher als im EU-Durchschnitt (32,1 %) und fast doppelt so hoch wie in Deutschland (26,4 %) oder in Dänemark (23,0 %). In Malta (14,5 %) und Zypern (13,6 %) präsentiert sich die Wirtschaft als klare Männerdomäne.

Der Anteil weiblicher Wissenschaftler und Ingenieure liegt in den baltischen Staaten über 50 % (*Tabelle 31*), während Deutschland mit 21,8 % (Rang 21) unter dem EU-Durchschnitt (29,0 %) bleibt, gefolgt von Frankreich (21,6 %) dem Vereinigten Königreich (20,1 %) und Luxemburg (17,7 %).

Der Nachholbedarf von Frauen in der Konkurrenz um Führungspositionen wird gemeinhin auch auf ihre „Ausfallzeiten“ durch Kindererziehung zurückgeführt. Die Akzeptanz gegenüber einer Erwerbstätigkeit von Müttern mit noch nicht schulpflichtigen Kindern (*Tabelle 30*) ist in Zypern (1), Schweden (2), Dänemark (3), den Niederlanden (4) und Slowenien (5) mit Werten zwischen 79,5 % Zustimmung (Zypern) und 67,1 % (Slowenien) deutlich höher als im Durchschnitt der EU (56 %) sowie in Deutschland (47,6 %).

24. Geschlechtsspezifische Erwerbsquote: Relative Frauenerwerbsquote bezogen auf die Männererwerbsquote (Quotient, 2005)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Finnland	0,95
	Schweden	0,95
	Estland	0,95
4	Lettland	0,89
	Litauen	0,89
6	Dänemark	0,88
	Slowenien	0,88
8	Ver. Königreich	0,85
9	Portugal	0,84
	Frankreich	0,84
11	Deutschland	0,83
	Niederlande	0,83
13	Österreich	0,82
14	Ungarn	0,81
15	Polen	0,80
	Belgien	0,80
17	Slowakei	0,79
	EU-Durchschnitt	0,79
18	Irland	0,76
	Tschechische Republik	0,76
20	Zypern	0,74
21	Luxemburg*	0,70
22	Spanien	0,68
23	Italien	0,65
24	Griechenland	0,62
25	Malta	0,46

Die relative Frauenerwerbsquote wird definiert als Quotient aus der Beschäftigungsquote von Frauen und der Beschäftigungsquote von Männern. Beschäftigungsquote für die 15-64 Jährigen.

* Luxemburg: 2004.

Quelle: Eurostat Pressemitteilung 29/2006 vom 06.03.2006 und eigene Berechnungen.

25. Geschlechtsspezifisches Lohngefälle (in %, 2004)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Malta	4
2	Portugal	5
3	Belgien	6
4	Italien	7
5	Slowenien*	9
6	Griechenland	10
	Polen	10
8	Irland	11
	Ungarn	11
10	Frankreich	12
11	Luxemburg	14
12	Lettland	15
	Spanien	15
	EU-Durchschnitt	15
14	Litauen	16
15	Schweden	17
	Dänemark	17
17	Österreich	18
18	Niederlande	19
	Tschechische Republik	19
20	Finnland*	20
21	Ver. Königreich	22
22	Deutschland	23
23	Slowakei	24
	Estland	24
25	Zypern	25

Das geschlechtsspezifische Lohngefälle wird als Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst der männlichen und weiblichen Beschäftigten in Prozent des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes der männlichen Beschäftigten in der gesamten Wirtschaft dargestellt. Die Bevölkerung umfasst alle Beschäftigten im Alter von 16-64 Jahren, die mindestens 15 Stunden pro Woche arbeiten.

* Slowenien: 2002, Finnland: 2003.

Quelle: Eurostat Pressemitteilung 29/2006 vom 06.03.2006 und eigene Berechnungen.

26. Arbeitslosenquote: Verhältnis Männer zu Frauen (Quotient, 2005)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Estland	1,24
2	Ver. Königreich	1,19
3	Irland	1,15
4	Lettland	1,05
5	Schweden	1,03
6	Litauen	0,99
7	Ungarn	0,95
	Finnland	0,95
9	Slowakei	0,90
10	Österreich	0,89
11	Polen	0,87
	Slowenien	0,87
13	Deutschland	0,86
	Niederlande	0,86
15	Dänemark	0,85
16	Frankreich	0,83
	EU-Durchschnitt	0,81
17	Belgien	0,80
18	Portugal	0,77
19	Malta	0,75
20	Tschechische Republik	0,66
	Zypern	0,66
22	Italien	0,61
23	Luxemburg	0,59
24	Spanien	0,57
25	Griechenland	0,40

Arbeitslosenquote der Männer dividiert durch die Arbeitslosenquote der Frauen. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung. Die Erwerbsbevölkerung ist die Summe der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen. Zu den Arbeitslosen zählen alle Personen von 15 bis 74 Jahren, a) die während der Berichtswoche ohne Arbeit waren; b) die gegenwärtig für eine Beschäftigung verfügbar waren; c) die aktiv auf Arbeitssuche waren

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen (01.07.2006):

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=SDI_MAIN&root=SDI_MAIN/sdi/sdi_ed/sdi_ed_emp/sdi_ed1431

27. Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers, Verhältnis Männer zu Frauen (Ratio, 2003)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Polen	1,06
2	Ungarn	1,00
	Slowakei	1,00
4	Lettland	0,94
5	Litauen	0,93
6	Dänemark	0,92
	Frankreich	0,92
	Niederlande	0,92
	Finnland	0,92
10	Griechenland	0,91
	Irland	0,91
12	Spanien	0,90
13	Ver. Königreich	0,89
	EU-Durchschnitt	0,88
14	Belgien	0,88
15	Estland	0,85
16	Zypern	0,82
	Luxemburg	0,82
	Österreich	0,82
	Slowenien	0,82
20	Tschechische Republik	0,78
21	Deutschland	0,76
	Italien	–
	Malta	–
	Portugal	–
	Schweden	–

Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) festgelegt ist.

Ratio: Armutsgefährdungsquote der Männer dividiert durch Armutsgefährdungsquote der Frauen

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen (01.07.2006):

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=sdi_ps&root=sdi_ps/sdi_ps/sdi_ps_mon/sdi_ps1111

28. Ausbildungsquote: Verhältnis Männer zu Frauen mit mindestens Sek.-Stufe II (2005)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Portugal	1,40
2	Spanien	1,24
3	Zypern	1,23
4	Estland	1,16
5	Italien	1,15
6	Griechenland	1,12
	Lettland	1,12
	Litauen	1,12
	Niederlande	1,12
10	Belgien	1,11
11	Finnland	1,08
	EU-Durchschnitt	1,07
12	Irland	1,06
	Slowenien	1,06
14	Ungarn	1,05
	Malta	1,05
16	Dänemark	1,04
	Deutschland	1,04
	Frankreich	1,04
	Österreich	1,04
	Polen	1,04
21	Schweden	1,03
22	Luxemburg	1,02
23	Slowakei	1,01
24	Tschechische Republik	0,99
	Ver. Königreich	0,99

Der Quotient aus den Frauen- und den Männeranteilen mit Abschlüssen der Sekundarstufe II gibt den jeweiligen Vorsprung von Frauen (Werte über 1) oder ihren Rückstand (Werte unter 1) gegenüber Männern an.

Quelle: Eigene Berechnung nach Eurostat Pressemitteilung 29/2006 vom 06. März 2006.

29. Anteil weiblicher Manager an den Managern insgesamt (2005)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Lettland	44,3
2	Litauen	42,7
3	Estland	37,5
4	Frankreich	37,1
5	Ver. Königreich	34,5
6	Ungarn	34,3
7	Portugal	34,2
8	Belgien	32,9
9	Slowenien	32,8
10	Polen	32,5
11	Spanien	32,3
	EU-Durchschnitt	32,1
12	Italien	31,9
13	Slowakei	31,2
14	Tschechische Republik	30,3
15	Irland	30,2
16	Schweden	29,8
17	Finnland	29,7
18	Österreich	27,0
19	Deutschland	26,4
20	Luxemburg	26,3
21	Griechenland	25,8
22	Niederlande	25,6
23	Dänemark	23,0
24	Malta	14,5
25	Zypern	13,6

Quelle: Eigene Berechnungen nach Eurostat Pressemitteilung 29/2006 vom 06. März 2006.

30. Akzeptanz berufstätiger Mütter mit kleinen Kindern (in %, 2002)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Zypern	79,5
2	Schweden	71,6
3	Dänemark	68,8
4	Niederlande	67,9
5	Slowenien	67,1
6	Tschechische Republik	59,9
7	Spanien	58,5
8	Portugal	57,4
	EU-Durchschnitt	56,0
9	Lettland	55,0
10	Frankreich	54,0
11	Ungarn	51,5
12	Finnland	51,0
13	Irland	50,7
14	Deutschland*	47,6
15	Österreich	43,3
16	Slowakei	43,0
17	Ver. Königreich**	36,6
18	Polen	36,1
–	Belgien	–
–	Griechenland	–
–	Italien	–
–	Luxemburg	–
–	Litauen	–
–	Malta	–
–	Estland	–

Prozentsatz der Personen, die glauben, dass Frauen Vollzeit oder Teilzeit arbeiten sollen, wenn sie ein noch nicht schulpflichtiges Kind haben oder wenn das jüngste Kind in die Schule kommt.

* Schätzung. Errechnet, indem die Werte für „Germany West“ (41,0 %) und „Germany East“ (77,8 %) im Verhältnis zu den Bevölkerungszahlen der alten und neuen Bundesländer im Jahr 2002 gesetzt wurden.

** Angesichts fehlender Daten für das Vereinigte Königreich, sind hier Daten für Großbritannien verwendet worden.

Quelle: European System of Social Indicators unter Verwendung von ISSP und eigene Berechnungen (02.08.2006): http://www.gesis.org/en/social_monitoring/social_indicators/Data/EUSI/pdf_files/A8211.pdf

31. Anteil der weiblichen Wissenschaftler und Ingenieure im Alter zwischen 25 und 64 Jahren (in %, 2004)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Litauen	55,5
2	Lettland	51,4
3	Estland	51,0
4	Irland	49,1
5	Portugal	49,0
6	Belgien	48,5
7	Zypern	40,8
8	Slowenien	39,9
9	Schweden	39,3
10	Spanien	38,3
11	Italien	34,0
12	Polen	33,7
13	Tschechische Republik	33,4
14	Ungarn	33,1
15	Dänemark	32,0
16	Griechenland	31,6
17	Slowakei	31,1
18	Österreich	29,4
	EU-Durchschnitt	29,0
19	Niederlande	28,6
20	Finnland	26,5
21	Deutschland	21,8
22	Frankreich	21,6
23	Ver. Königreich	20,1
24	Luxemburg	17,7
–	Malta	–

Quelle: Eurostat, Geschlechtsspezifische Unterschiede zwischen Europas Wissensarbeitern, Statistik kurzgefasst, Wissenschaft und Technologie 12/2006, Tabelle 3 (Auszug).

32. Dimensionsranking IV: Geschlechtergleichstellung

Platz	EU-Mitgliedstaat
1	Lettland
2	Litauen
3	Estland
	Portugal
5	Slowenien
6	Ungarn
7	Schweden
8	Irland
9	Belgien
10	Polen
11	Frankreich
12	Finnland
13	Dänemark
	Niederlande
15	Spanien
16	Italien
17	Ver. Königreich
18	Zypern
19	Slowakei
20	Österreich
21	Griechenland
22	Tschechische Republik
23	Deutschland
24	Luxemburg
–	Malta

Bei diesem indikatorenübergreifenden Gesamtranking wurde weder eine Hierarchisierung noch eine Gewichtung der einzelnen Indikatoren vorgenommen.

2.5 Generationenverhältnis

Die Diskussion um die Verteilung von Nutzen und Lasten auf die Altersgruppen einer Gesellschaft wird vom griffigen Schlagwort der „Generationengerechtigkeit“ beherrscht. So werde das Prinzip der demographischen Nachhaltigkeit und damit der „intergenerationellen Gerechtigkeit“ durch dauerhafte Sterbeüberschüsse verletzt, da eine Versorgung der alten Generation zu ähnlichen Bedingungen wie heute künftig nicht mehr sicherzustellen sei (Kaufmann 2005: 25).

Die demographische Lage wird in der Dimension „Generationenverhältnis“ durch einige einschlägige Indikatoren repräsentiert und durch Daten zum Arbeitsmarkt, Rentenniveau und zur Staatsverschuldung ergänzt. Im Gesamtranking dieser Dimension nehmen alte und neue, überwiegend kleinere Staaten die vorderen Plätze ein, angeführt von Irland, Dänemark und Estland. Frankreich landet trotz einer hohen Fruchtbarkeitsrate nur auf dem 16., Deutschland auf dem 23. Rang vor Griechenland (24) und Italien (25).

Die Gesamtfruchtbarkeitsrate (*Tabelle 33*) zeigt Europa als eine schrumpfende Gemeinschaft. Nur Irland (1) und Frankreich (2) reichen mit Fruchtbarkeitsraten knapp unter 2 an das für den Erhalt der Bevölkerung definierte Maß von 2,1 heran, während Deutschland mit 1,37 unter dem EU-Durchschnitt (1,50) bleibt und im Mittelfeld (14) rangiert. Auffallend niedrig sind die Fruchtbarkeitsraten in Südeuropa und nahezu allen neuen EU-Staaten. Die mit der Transformation der alten Systeme verbundenen Unsicherheiten haben dort anscheinend zu einem Verzicht auf Kinder beigetragen. Dieser schlägt sich allerdings noch nicht in Tendenzen zur „Überalterung“ dieser Staaten nieder (*Tabelle 34 und 35*). Die Slowakei, Irland, Zypern und Polen (*Tabelle 35*, Rang 1 bis 4) sind deutlich weniger „altersabhängig“ als Schweden, Griechenland, Deutschland und Italien (Rang 22 bis 25). Die Quote der jungen Bevölkerung (*Tabelle 34*) entspricht diesem Bild.

Auch die Prognose der Altersabhängigkeit für 2050 (*Tabelle 36*), der Zeitpunkt, an dem die Alterspyramide in vielen EU-Ländern voraussichtlich ihren Schwerpunkt am meisten nach oben verlagert haben wird, weist Deutschland bei der Quote der arbeitsfähigen Bevölkerung einen hinteren Platz (21) zu, während Luxemburg, die Niederlande und Dänemark die Ränge 1 bis 3 einnehmen.

Die Beschäftigungsquote älterer Erwerbspersonen (*Tabelle 37*) reicht von 69,1 % in Schweden bis zu 26,2 % in Polen. Sie liegt in Deutschland im Mittelfeld (13). Beim durchschnittlichen Erwerbsaustrittsalter (*Tabelle 38*) sind die Unterschiede geringer. Die relativ frühe französische Verrentung (58,9 Jahre) gegenüber 61,3 Jahren in Deutschland, 62,1 im Vereinigten Königreich und 62,8 in Schweden, wird in Frankreich als sozialpolitischer Besitzstand verteidigt, kann aber auch als frühzeitige Aussonderung Älterer aus dem Arbeitsprozess oder als Belastung künftiger Generationen durch privilegierte Ansprüche der Älteren kritisch interpretiert werden.

Die Tabelle zum öffentlichen Bruttoschuldenstand (*Tabelle 39*) liefert Hinweise auf die künftige Belastbarkeit der Staatshaushalte für soziale Programme und Projekte. Hier lassen die Kernländer Frankreich und Deutschland (Ränge 19 und 20) nur geringe Spielräume für künftige Generationen erwarten. Umgekehrt verhält es sich bei den drei kleinen Mitgliedern Estland (1), Luxemburg (2) und Lettland (3), die Schuldenquoten zwischen 5 und 12 % aufweisen. Einige der Spitzenreiter bei den unter Dimension 1 abgehandelten Gesamtausgaben für den Sozialschutz scheinen beim Bruttoschuldenstand besonders belastet zu sein. Außer Frankreich (2 kontra 19) und Deutschland (4 kontra 20) gilt dies beispielsweise auch für Schweden (1 kontra 14). Umgekehrt scheinen beispielsweise Dänemark (2 kontra 9) und Finnland (8 kontra 10) zu indizieren, dass eine solche negative Beziehung nicht unbedingt sein muss. In Dänemark beträgt der öffentliche Bruttoschuldenstand beispielsweise nur etwa die Hälfte des deutschen oder französischen Schuldenstandes, während die Gesamtausgaben für den Sozialschutz nach wie vor zu den höchsten gehören. Die Frage ist, ob dieses Verhältnis auch im Rahmen einer Wirtschaftsflaute aufrechterhalten werden könnte, oder ob es dann durch öffentliche Verschuldung den jüngeren Generationen aufgebürdet würde.

33. Gesamtfruchtbarkeitsrate (2004)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Irland	1,99
2	Frankreich*	1,92
3	Finnland	1,80
4	Dänemark	1,78
5	Schweden	1,75
6	Ver. Königreich	1,74
7	Niederlande	1,73
8	Luxemburg	1,70
9	Belgien	1,64
	EU-Durchschnitt	1,50
10	Zypern	1,49
11	Österreich	1,42
	Portugal	1,42
13	Estland	1,40
14	Deutschland	1,37
	Malta	1,37
16	Italien	1,33
17	Spanien	1,32
18	Griechenland	1,29
19	Ungarn	1,28
20	Litauen	1,26
21	Slowakei	1,25
22	Lettland	1,24
23	Polen	1,23
	Tschechische Republik	1,23
25	Slowenien	1,22

Mittlere Zahl der lebend geborenen Kinder, die eine Frau im Verlauf ihres Lebens gebären würde, wenn sie während ihres Gebärfähigkeitsalters den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der betreffenden Jahre entsprechen würde. [Die Gesamtfruchtbarkeitsrate wird auch als Reproduktionsmaß verwendet; es wird davon ausgegangen, dass der Erhalt der Bevölkerung in den Industrieländern bei einer Rate von 2,1 Kindern je Frau gesichert ist.]

* Quelle für Frankreich: INSEE (24.08.2006) http://www.insee.fr/en/ffc/docs_ffc/IP1059en.pdf

Quelle für sonstige Länder: Eurostat und eigene Berechnungen (10.07.2006):

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_population&root=Yearlies_new_population/C/C1/C12/cab12048

34. Anteil der Bevölkerung im Alter von 0-24 Jahren (in %, 2004)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Irland	36,8
2	Zypern	35,7
3	Slowakei	34,1
4	Polen	33,9
5	Litauen	33,0
6	Malta	32,9
7	Estland	31,4
8	Ver. Königreich	31,1
9	Lettland	30,8
10	Niederlande	30,4
	EU-Durchschnitt	30,4
11	Luxemburg	30,3
12	Finnland	30,1
13	Dänemark	29,9
14	Schweden	29,8
15	Belgien	29,4
16	Ungarn	29,3
17	Tschechische Republik	29,0
18	Portugal	28,7
19	Österreich	28,5
20	Slowenien	28,4
21	Griechenland	27,4
22	Spanien	27,2
23	Deutschland	26,4
24	Italien	24,7
–	Frankreich	–

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen (11.07.2006):

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_population&root=Yearlies_new_population/C/C1/C11/caa15632

35. Altersabhängigkeitsverhältnis (2005)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Slowakei	16,3
2	Irland	16,5
3	Zypern	17,7
4	Polen	18,7
5	Malta	19,2
6	Tschechische Republik	19,8
7	Niederlande	20,7
8	Luxemburg	21,2
9	Slowenien	21,7
10	Litauen	22,5
11	Dänemark	22,6
12	Ungarn	22,8
13	Österreich	23,6
14	Finnland	23,7
15	Lettland	24,1
	Estland	24,1
17	Ver. Königreich	24,4
18	Spanien	24,5
	EU-Durchschnitt	24,9
19	Portugal	25,2
20	Frankreich	25,3
21	Belgien	26,3
22	Schweden	26,4
23	Griechenland	26,8
24	Deutschland	27,8
25	Italien	29,4

Verhältnis der Gesamtzahl älterer Personen (über 65 Jahre) und der Zahl der Personen im Arbeitsalter (von 15 – 64 Jahren).

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen (03.07.2006):

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140...

36. Altersabhängigkeitsverhältnis (Prognose für 2050)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Luxemburg	36.1
2	Niederlande	38.6
3	Dänemark	40,0
4	Malta	40.6
5	Schweden	40.9
6	Estland	43.1
7	Zypern	43.2
8	Lettland	44.1
9	Litauen	44.9
10	Irland	45.3
	Ver. Königreich	45.3
12	Finnland	46.7
13	Frankreich	47.9
14	Belgien	48.1
15	Ungarn	48.3
16	Slowakei	50.6
17	Polen	51,0
	EU-Durchschnitt	52.8
18	Österreich	53.2
19	Tschechische Republik	54.8
20	Slowenien	55.6
21	Deutschland	55.8
22	Portugal	58.1
23	Griechenland	58.8
24	Italien	66,0
25	Spanien	67.5

Dieser Indikator wird definiert als Verhältnis der Gesamtzahl älterer Personen, die im Allgemeinen ökonomisch inaktiv sind (im Alter von über 65 Jahren) und der Zahl der Personen im Arbeitsalter (von 15 bis 64 Jahren).

Quelle: Eurostat (17.08.2006):

http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detail-ref&language=de&product=sdi_as&root=sdi_as/sdi_as/sdi_as1000

37. Beschäftigungsquote älterer Personen (in %, 2004)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Schweden	69,1
2	Dänemark	60,3
3	Ver. Königreich	56,2
4	Estland	52,4
5	Finnland	50,9
6	Portugal	50,3
7	Zypern	49,9
8	Irland	49,5
9	Lettland	47,9
10	Litauen	47,1
11	Niederlande	45,2
12	Tschechische Republik	42,7
13	Deutschland	41,8
14	Spanien	41,3
	EU-Durchschnitt	41,0
15	Griechenland	39,4
16	Frankreich	37,3
17	Malta	31,5
18	Ungarn	31,1
19	Luxemburg	30,8
20	Italien	30,5
21	Belgien	30,0
22	Slowenien	29,0
23	Österreich	28,8
24	Slowakei	26,8
25	Polen	26,2

Die Erwerbsquote von älteren Personen ergibt sich aus dem Dividieren der Anzahl von erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren durch die Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse. Die Erwerbsbevölkerung besteht aus Personen, die während der Referenzwoche irgendeine Tätigkeit gegen Entgelt oder Ertrag mindestens eine Stunde ausgeübt haben oder die nicht gearbeitet haben, weil sie vom Arbeitsplatz vorübergehend abwesend waren.

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen (28.03.2006):

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=STRIND_EMPLOI&root=STRIND_EMPLOI/emploi/em014

38. Durchschnittliches Erwerbsaustrittsalter (2004)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Lettland	62,9
2	Irland	62,8
	Schweden	62,8
4	Zypern	62,7
5	Estland	62,3
6	Portugal	62,2
	Spanien	62,2
8	Dänemark	62,1
	Ver. Königreich	62,1
10	Deutschland	61,3
11	Niederlande	61,1
12	Litauen	60,8
	EU-Durchschnitt	60,7
13	Finnland	60,5
	Ungarn	60,5
15	Tschechische Republik	60,0
16	Griechenland	59,5
17	Belgien	59,4
18	Frankreich	58,9
19	Slowakei	58,5
20	Luxemburg	57,7
	Polen	57,7
	Malta	57,7
–	Italien	–
–	Österreich	–
–	Slowenien	–

Dieser Indikator zeigt das Durchschnittsalter, in welchem erwerbstätige Personen endgültig aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Er ergibt sich aus einem Wahrscheinlichkeitsmodell, welches die jeweiligen Veränderungen der Erwerbsquote in einem gewissen Alter von einem Jahr zum anderen berücksichtigt.

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen (20.08.2006):

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailedref&language=de&product=Yearlies_new_population&root=Yearlies_new_population/C/C4/C41/em021

39. Öffentlicher Bruttoschuldenstand (in % des BIP, 2005)

Platz	EU-Mitgliedstaat	
1	Estland	4,8
2	Luxemburg	6,2
3	Lettland	11,9
4	Litauen	18,7
5	Irland	27,6
6	Slowenien	29,1
7	Tschechische Republik	30,5
8	Slowakei	34,5
9	Dänemark	35,8
10	Finnland	41,1
11	Polen	42,5
12	Ver. Königreich	42,8
13	Spanien	43,2
14	Schweden	50,3
15	Niederlande	52,9
16	Ungarn	58,4
17	Österreich	62,9
	EU-Durchschnitt	63,4
18	Portugal	63,9
19	Frankreich	66,8
20	Deutschland	67,7
21	Zypern	70,3
22	Malta	74,7
23	Belgien	93,3
24	Italien	106,4
25	Griechenland	107,5

Das als gemeinsamer Nenner verwendete BIP ist das Bruttoinlandsprodukt zu den jeweiligen Marktpreisen. Als Schuldenstand gilt der Nominalwert (Nennwert). Die Grunddaten liegen in Landeswährung vor und werden anhand der von der Europäischen Zentralbank gelieferten Wechselkurse zum Jahresende in Euro umgerechnet. Die Berechnung der Daten erfolgt nach ihrer Fälligkeit.

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen (27.08.2006):

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=de_tailref&language=de&product=sdi_as&root=sdi_as/sdi_as/sdi_as_pub/sdi_as1300

40. Dimensionsranking V: Generationenverhältnis

Platz	EU-Mitgliedstaat
1	Irland
2	Dänemark
3	Estland
4	Zypern
5	Niederlande
	Schweden
7	Ver. Königreich
8	Lettland
9	Finnland
	Luxemburg
11	Litauen
12	Malta
13	Slowakei
14	Tschechische Republik
15	Portugal
16	Frankreich
17	Polen
18	Ungarn
19	Spanien
20	Österreich
21	Slowenien
22	Belgien
23	Deutschland
24	Griechenland
25	Italien

Bei indikatorenübergreifenden Gesamtrankings wurde weder eine Hierarchisierung noch eine Gewichtung der einzelnen Indikatoren vorgenommen.

3. Überblick zum Dimensionenranking und Gesamtranking

Das dritte Kapitel der Studie beinhaltet einen Überblick über die Ergebnisse der fünf Dimensionenrankings sowie ein alle operationellen Indikatoren umfassendes Gesamtranking der sozialen Lage in den EU-Mitgliedstaaten.

Beim Lesen der Gesamtdarstellung der Ergebnisse der fünf Dimensionenrankings haben wir ansatzweise versucht, einige dimensionsübergreifende Muster zu identifizieren. In diesem Zusammenhang standen vor allem zwei Fragen im Vordergrund: Zum einen, ob die Positionierung auf einer Dimension von einer ähnlichen oder signifikant negativeren oder positiveren Positionierung auf anderen Dimensionen begleitet wird. Zum anderen, ob bestimmte Ländercluster identifiziert werden können.

Schaut man auf die Rankingergebnisse für die fünf Dimensionen der Studie (*Tabelle 41*), so weisen mehrere der Länder, die im oberen Drittel des Gesamtrankings platziert sind, in einzelnen Dimensionen Spitzenplätze auf (Dänemark im Generationenverhältnis, Finnland und Schweden in der Bildung, die Niederlande in der Einkommensverteilung und sozialen Sicherung) und erreichen auf den übrigen Dimensionen tendenziell vordere Rankingplätze.

Weniger konsistent ist das Dimensionen-Muster allerdings beispielsweise für Irland, wo Einkommensdisparitäten und eine geringe soziale Absicherung mit günstigen Arbeitsmarkt- und Bildungsdaten sowie einem ersten Platz im Generationenverhältnis kontrastieren. Irland hat sich vom Armenhaus zu einem attraktiven Einwanderungsland mit bedeutenden Potenzialen, aber einem gering entwickelten Sozialschutz entwickelt.

Auch das Vereinigte Königreich weist eine traditionell schwache soziale Absicherung, aber zur Zeit gute Arbeitsmarktdaten auf. Die Anstrengungen der Regierung Blair im Bildungsbereich sind mangels Daten nicht verifizierbar. Ähnliche Profile wie Irland zeigen auch die baltischen Staaten. Eher umgekehrt ist das Muster in Österreich: Vordere Plätze bei sozialer Absicherung, Arbeitsmarkt und Bildung, aber eine schlechte Position von Frauen sowie ein ungünstiges Generationenverhältnis.

Diskussionen über sozialstaatliche Modelle kreisen oft um die Frage zum Verhältnis zwischen Dimension 1 und 2, d.h. zwischen Einkommensverteilung und sozialstaatlicher Absicherung einerseits und Inklusion in den Arbeitsmarkt andererseits. Dabei ist es auffällig, dass drei Länder hinsichtlich Dimension 1 eher schlecht abschneiden, während sie auf Dimension 2 zu den bestplatzierten gehören: Irland (21/2), das Vereinigte Königreich (18/5) und Zypern (14/1). Umgekehrt gibt es auch mehrere Länder, die den Balanceakt zwischen Dimension 1 und 2 gemeistert haben, nicht zuletzt die Niederlande (2/3), Dänemark (4/4), Luxemburg (1/7) und Slowenien (3/8).

Blickt man auf die neuen EU-Mitglieder, so reicht das Spektrum von Slowenien (6) bis zur Slowakei (22). Ein gemeinsames Muster dieser Länder ist nicht auszumachen. Slowenien punktet vor allem bei der sozialen Sicherung, Lettland (6), Litauen (8) und Estland (13) erreichen hohe Werte für Geschlechtergleichstellung und das Generationenverhältnis. Polen (19) und die Slowakei (22) belegen hintere Plätze. Es bleibt abzuwarten, auf welche Weise insbesondere die Transformationsstaaten ihre tendenziell liberale Wirtschaftspolitik mit Strategien zur nachhaltigen Stabilisierung ihrer Gesellschaften verbinden. Diese Richtungsentscheidungen könnten auch die Bildung neuer politischer Konstellationen auf EU-Ebene maßgeblich determinieren.

Die häufig schwachen Platzierungen großer südeuropäischer Länder wie Spanien und Italien sowie Griechenland (24) könnten ein Nord-Süd Gefälles in der EU indizieren. Allerdings werden die hinteren Plätze nicht allein von südeuropäischen Staaten besetzt. Zudem gibt es unter den südeuropäischen Ländern auch Ausnahmen, vor allem das Neu-Mitglied Slowenien.

Nur in der Dimension Einkommensverteilung und soziale Sicherung erreicht Deutschland einen vorderen Platz (9). Deutschland gibt fast so viel Geld für den Sozialschutz aus wie Schweden, Dänemark und Frankreich, muss sich aber bei Arbeit, Bildung, Geschlechtergleichstellung und beim Generationenverhältnis mit

den Plätzen 18 und 23 begnügen. Die Studie weist somit auch auf große Defizite im Hinblick auf eine nachhaltige Konsolidierung und Modernisierung des deutschen Sozialstaats hin.

41. Dimensionsübergreifende Muster

Land	Dimensionen I-V				
	I Einkommens- verteilung und soziale Absicherung	II Inklusion in den Arbeitsmarkt	III Bildungs- und Ausbildungs- chancen	IV Geschlechter- gleich- stellung	V Genera- tionen verhältnis
Belgien	11	23	14	9	22
Dänemark	4	4	6	13	2
Deutschland	9	18	18	23	23
Estland	22	16	–	3	3
Finnland	5	11	1	12	9
Frankreich	6	21	10	11	16
Griechenland	17	20	15	21	24
Irland	21	2	3	8	1
Italien	–	18	16	16	25
Lettland	19	13	14	1	8
Litauen	15	21	–	2	11
Luxemburg	1	7	13	24	9
Malta	–	14	–	–	12
Niederlande	2	3	9	13	5
Österreich	8	6	5	20	20
Polen	12	25	8	10	17
Portugal	13	9	19	3	15
Schweden	–	10	2	7	5
Slowakei	20	24	11	19	13
Slowenien	3	8	–	5	21
Spanien	16	12	11	15	19
Tschech. Rep.	7	15	7	22	14
Ungarn	10	17	17	6	18
Ver. Königreich	18	5	–	17	7
Zypern	14	1	–	18	4

Table 42 zeigt schließlich das Ergebnis eines alle operationellen Indikatoren umfassenden Gesamtrankings der sozialen Lage in den EU-Mitgliedstaaten, wobei das Gesamtranking aufgrund des Durchschnittes der 35 Indikatorenrankings ermittelt worden ist. Dänemark (1) liegt zusammen mit Schweden (1) vorn, wobei im Falle Schwedens das Ergebnis aufgrund einiger fehlender Indikatoren mit Vorbehalt gelesen werden muss. Den beiden Spitzenreitern folgen Irland (3), die Niederlande (4) und Finnland (5). Im oberen Mittelfeld befinden sich etwas überraschend die drei Neu-Mitglieder Lettland und Slowenien (beide 6) sowie Litauen (8). Ebenfalls überraschend ist, dass sowohl Belgien (20) als auch Deutschland (21) im Gesamtranking zu den Schlusslichtern gehören.

42. Gesamtranking: Durchschnittsrating aller Indikatoren

Platz	EU-Mitgliedstaat	Durchschnittsrating
1	Dänemark	8,2
	Schweden	8,2
3	Irland	8,6
4	Niederlande	8,8
5	Finnland	8,9
6	Lettland	9,7
	Slowenien	9,7
8	Litauen	10,6
9	Ver. Königreich	10,9
10	Zypern	11,1
11	Österreich	11,3
12	Luxemburg	11,4
13	Estland	11,6
14	Frankreich	12,2
15	Portugal	12,5
16	Tschechische Republik	12,6
17	Ungarn	13,1
18	Spanien	13,7
19	Polen	13,8
20	Belgien	14,2
21	Deutschland	15,5
22	Italien	15,7
	Slowakei	15,7
24	Griechenland	16,1
–	Malta	–

Bei indikatorenübergreifenden Gesamtrankings wurde weder eine Hierarchisierung noch eine Gewichtung der einzelnen Indikatoren vorgenommen.

Fazit – der Weg jenseits der Lippenbekenntnisse

Im Ringen um wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit einerseits und soziale Kohäsion andererseits stehen alte und neue EU-Mitgliedsländer in einem Kooperations- und Konkurrenzverhältnis, dessen Spielräume durch Druck von innen und von außen schrittweise eingeschränkt werden.

Im Zuge der Lissabon-Strategie hat die EU den Sozialschutz und den sozialen Zusammenhalt als einen bedeutsamen Beitrag zu einem nachhaltigen Entwicklungsmodell der Union definiert. Im Rahmen der Methode der offenen Koordinierung wurden Nationale Aktionspläne gegen Armut und Ausgrenzung (2001/03 und 2003/2005) erarbeitet und ausgewertet. Die Kommission und der Rat betonen in ihrem zweiten Gemeinsamen Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung (2005) zwar die Bedeutung quantifizierbarer und messbarer Ziele, überlassen aber die Entscheidung darüber, ob in einem bestimmten Bereich überhaupt eine Zielvorgabe festgesetzt werden soll, jedem einzelnen Mitgliedstaat. Auch wenn die Kommission, in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Sachverständigen der sogenannten Kok-Gruppe zur Umsetzung der Lissabon-Ziele mehr politisches Engagement auf allen Ebenen einfordert, so liegen nach den ersten beiden Runden Nationaler Aktionspläne die Grenzen der offenen Koordinierungsmethode offen zu Tage.

Die bisherigen Abstimmungsverfahren, Berichte und Aktionspläne haben zu vielfältigen Lernprozessen und einer programmatischen Aufwertung der sozialen Kohäsion in den Strategien der EU geführt. Gleichwohl bleibt der Begriff bisher weitgehend ohne verbindlichen Inhalt. Dieses Defizit wird vor allem in der Debatte um ein europäisches Sozialmodell deutlich.

Der Begriff des *europäischen Sozialmodells* wird derzeit häufig als normatives Konzept zur Veränderung der Sozialstaatlichkeit auf der Ebene einzelner europäischer Länder und der EU verwendet. Über den besonderen Charakter dieses Modells herrscht jedoch keine Einigkeit. Mit dem Begriff des europäischen Sozialmodells verbinden sich vielmehr gegensätzliche Auffassungen von notwendigen sozialstaatlichen Veränderungen sowie den sozialen Herausforderungen, die Veränderungen notwendig machen (vgl. Schuster 2006).

Kurz gefasst fehlt dem europäischen Sozialmodell einerseits ein Kern präziser, von den Mitgliedstaaten als Zielvorgaben akzeptierter Standards und andererseits ein Instrumentarium von Anreizen und Sanktionen zu ihrer Durchsetzung.

Die Entwicklung operationaler Ziele kann nicht „verordnet“ werden, sondern muss weiterhin als kontinuierlicher Lern- und Abstimmungsprozess organisiert werden, der die aktuelle soziale Lage in den alten und neuen Mitgliedstaaten einbezieht. Die vergleichende empirische Forschung, die Grundlage der Diskussion über eine inhaltliche Konkretisierung dieses Sozialmodells sein könnte und zur Entwicklung gemeinsamer operationaler Ziele der EU – z.B. in den Nationalen Aktionsplänen gegen Armut und soziale Ausgrenzung – beitragen könnte, ist allerdings lückenhaft. Bislang gibt es erst wenige Studien der EU-Mitgliedstaaten, in denen Sozialindikatoren zusammengefügt und mit Rankings kondensiert werden.

Mit dieser Studie wurde der Versuch unternommen, einen kleinen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke zu leisten. Es fragt sich nun, wie die Ergebnisse der Studie die Diskussionen zum europäischen Sozialmodell befruchten können. In der Einleitung haben wir mehrere wesentliche Vorbehalte gegenüber der Methodologie der Studie erwähnt. Trotz dieser Vorbehalte hoffen wir, dass diese Studie gerade bei der Identifizierung von Merkmalen zur Identifizierung der sozialen Lage in der EU hilfreich sein könnte.

In einer EU mit 25 oder mehr Mitgliedern wird es immer Unterschiede in der sozialen Lage der einzelnen Mitgliedstaaten geben – aus politischen aber auch aus rein wirtschaftlichen Gründen.

Der derzeitige Druck auf viele Wohlfahrtsregimes in der EU verlangt jedoch in viel höherem Maße als bislang nach empirisch gestützten Konzeptionen eines europäischen Sozialmodells.

Wie kann das Sozialmodell empirisch gestützt und normativ weiter entwickelt werden? Um die soziale Lage der EU-Länder auf den Weg einer kontinuierlichen Annäherung auf hohem Niveau zu bringen, könnten z.B. die Werte des obersten Drittels der fünf Dimensionen-Rankings zum einem bestimmten Zeitpunkt als verbindliche Benchmarks eines europäischen Sozialmodells definiert werden.

Vor diesem Hintergrund haben fast alle EU-Länder Reformbedarf; manche, wie etwa Deutschland, einen großen, andere wie Dänemark derzeit einen viel geringeren. Ein großer Teil dieser Reformaufgaben kann zur Zeit nur im Rahmen von national initiierten und legitimierten Reformen bewältigt werden. Im Zuge zunehmender wirtschaftlicher Integration auf europäischer und globaler Ebene erscheint dies jedoch nicht als ausreichend. Wenn man den *Status Quo* oder gar ein allmähliches, sozialstaatliches *Race to the Bottom* für unerwünscht hält, bedarf es weitergehender gesamteuropäischer Initiativen.

In einem ersten Schritt könnte man die Methode der Offenen Koordinierung im sozialstaatlichen Bereich überdenken. Zum Beispiel könnte man EU-Institutionen befugen, Sanktionen und/oder Reformauflagen gegenüber Ländern zu verhängen, die keine Schritte einleiten, um binnen eines bestimmten Zeitraumes Benchmarks im sozialen Bereich zu erfüllen bzw. keine Anreize und Hilfen bieten, um Benchmarks zu erreichen. Damit werden die Zielvorgaben klargestellt, ohne unmittelbar in die nationale und regionale Entscheidungskompetenz hinsichtlich der Instrumentenwahl einzugreifen. So ist man bei der Schaffung und Aufrechterhaltung der Wirtschafts- und Währungsunion verfahren. Warum nicht auch als erster Schritt bei der Schaffung eines europäischen Sozialmodells oder einer „Sozialunion“, die nicht nur ein Lippenbekenntnis bleibt?

Gewiss bräuchte man hierfür bessere Daten und ein besser elaboriertes Rankingverfahren. Bei der Schaffung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion haben sowohl die EU-Institutionen als auch nationale Institutionen bewiesen, dass sie fähig sind, die dafür erforderliche Datengrundlage und Methodologien zu erstellen. Somit kann ein funktionierendes Rankingverfahren wohl kaum als eine Utopie abgetan werden, die allein aus datentechnischen und methodologischen Gründen nicht realisierbar wäre.

Die Schaffung eines Sozialmodells mit einem gewissen Verbindlichkeitsgrad würde derzeit vermutlich auf erheblichen Widerstand mehrerer EU-Regierungen stoßen. Ähnlich wie bei der Währungsunion ist auch bei einer „Sozialunion“ eine „EU der variablen Geschwindigkeiten“ vorstellbar. Dabei gibt es bei manchen Staaten sicherlich einen starken Anreiz nicht teilzunehmen, um sich z.B. als Investitionsstandort mit niedrigen Sozialstandards vermarkten zu können. Um diese Anreize zu verringern, wäre beispielsweise die Koppelung einer Sozialunion-Strategie an die Auszahlung von Mitteln aus den Strukturfonds eine mögliche Option.

Literatur

- Allmendinger, J./Leibfried, S.** (2003): Bildungsarmut, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 21-22/2003).
- Becker, I./Hauser, R.** (2004): Soziale Gerechtigkeit – eine Standortbestimmung. Zieldimensionen und empirische Befunde, Berlin.
- Esping-Andersen, G.** (1990): Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton.
- Eurostat Pressemitteilung** (29/2006) vom 06. März 2006: Das Leben der Frauen und Männer in der EU 25 aus Sicht der Statistik.
- Eurostat** (2006): Statistik kurzgefasst, Wissenschaft und Technologie (12/2006): Geschlechtsspezifische Unterschiede zwischen Europas Wissensarbeitern.
- Rat der Europäischen Union** (2005): Gemeinsamer Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung, http://ec.europa.eu/employment_social/social_inclusion/docs/2006/cs2006_7294_de.pdf (01.08.2006).
- Kaufmann, F.-X.** (2005): Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, Frankfurt/M.
- Merkel, W.** (2001): Soziale Gerechtigkeit und die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus, Berliner Journal für Soziologie 2/2001.
- OECD** (2006) Bildung auf einen Blick (Education at a Glance), Paris: OECD.
- OECD** (2004a): Lernen für die Welt von morgen. Erste Ergebnisse von PISA 2003, Paris: OECD.
- OECD** (2004b): Problem Solving for Tomorrow's World. First Measures of Cross-Curricular Competences of PISA 2003, Paris: OECD.
- Priddat, B./Wieland, J.** (2004): Strategische Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft: neue Gerechtigkeitsanforderungen in dynamischen Welten, Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 94.
- Richet-Mastain, L.** (2006): 2005 Demographic Report, INSEE Report Number 1059, January 2006, http://www.insee.fr/en/ffc/docs_ffc/IP1059en.pdf (01.08.2006).
- Schulz zur Wiesch, J.** (2006): Das deutsche Sozialsystem in Europa, in: apf, Zeitschrift für die staatliche und kommunale Verwaltung H. 7, 193-199.
- Schuster, J.** (2006): Die deutsche Diskussion über ein Europäisches Sozialmodell, Arbeitspapier 116, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Statistisches Bundesamt** (2002): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Aufgabe, Methode und Durchführung der EVS98. Fachserie 15 Heft 7 – 1998, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gegründet wurde sie 1977 aus der Stiftung Mitbestimmung und der Hans-Böckler-Gesellschaft. Die Stiftung wirbt für Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft und setzt sich dafür ein, die Möglichkeiten der Mitbestimmung zu erweitern.

Mitbestimmungsförderung und -beratung

Die Stiftung informiert und berät Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Beschäftigten in Aufsichtsräten. Diese können sich mit Fragen zu Wirtschaft und Recht, Personal- und Sozialwesen oder Aus- und Weiterbildung an die Stiftung wenden. Die Expertinnen und Experten beraten auch, wenn es um neue Techniken oder den betrieblichen Arbeits- und Umweltschutz geht.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung forscht zu Themen, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Bedeutung sind. Globalisierung, Beschäftigung und institutioneller Wandel, Arbeit, Verteilung und soziale Sicherung sowie Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik sind die Schwerpunkte. Das WSI-Tarifarchiv bietet umfangreiche Dokumentationen und fundierte Auswertungen zu allen Aspekten der Tarifpolitik.

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

Das Ziel des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung ist es, gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu erforschen und für die wirtschaftspolitische Beratung einzusetzen. Daneben stellt das IMK auf der Basis seiner Forschungs- und Beratungsarbeiten regelmäßig Konjunkturprognosen vor.

Forschungsförderung

Die Stiftung vergibt Forschungsaufträge zu Mitbestimmung, Strukturpolitik, Arbeitsgesellschaft, Öffentlicher Sektor und Sozialstaat. Im Mittelpunkt stehen Themen, die für Beschäftigte von Interesse sind.

Studienförderung

Als zweitgrößtes Studienförderungswerk der Bundesrepublik trägt die Stiftung dazu bei, soziale Ungleichheit im Bildungswesen zu überwinden. Sie fördert gewerkschaftlich und gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Promovierende mit Stipendien, Bildungsangeboten und der Vermittlung von Praktika. Insbesondere unterstützt sie Absolventinnen und Absolventen des zweiten Bildungsweges.

Öffentlichkeitsarbeit

Mit dem 14tägig erscheinenden Infodienst „Böckler Impuls“ begleitet die Stiftung die aktuellen politischen Debatten in den Themenfeldern Arbeit, Wirtschaft und Soziales. Das Magazin „Mitbestimmung“ und die „WSI-Mitteilungen“ informieren monatlich über Themen aus Arbeitswelt und Wissenschaft. Mit der Homepage www.boeckler.de bietet die Stiftung einen schnellen Zugang zu ihren Veranstaltungen, Publikationen, Beratungsangeboten und Forschungsergebnissen.

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefax: 02 11/77 78-225
www.boeckler.de

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

